

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: Preis vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 10 Pf., Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnement: 1,00 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat.
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternotizen 30 Pf., für kleine Anzeigen 20 Pf., für die erste Zeile 20 Pf., für die zweite Zeile 10 Pf., für die dritte Zeile 5 Pf., für die vierte Zeile 3 Pf., für die fünfte Zeile 2 Pf., für die sechste Zeile 1 Pf., für die siebte Zeile 1 Pf., für die achte Zeile 1 Pf., für die neunte Zeile 1 Pf., für die zehnte Zeile 1 Pf., für die elfte Zeile 1 Pf., für die zwölfte Zeile 1 Pf., für die dreizehnte Zeile 1 Pf., für die vierzehnte Zeile 1 Pf., für die fünfzehnte Zeile 1 Pf., für die sechzehnte Zeile 1 Pf., für die siebenzehnte Zeile 1 Pf., für die achtzehnte Zeile 1 Pf., für die neunzehnte Zeile 1 Pf., für die zwanzigste Zeile 1 Pf., für die einundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die vierundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die achtundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die neunundzwanzigste Zeile 1 Pf., für die dreißigste Zeile 1 Pf., für die einunddreißigste Zeile 1 Pf., für die zweiunddreißigste Zeile 1 Pf., für die dreiunddreißigste Zeile 1 Pf., für die vierunddreißigste Zeile 1 Pf., für die fünfunddreißigste Zeile 1 Pf., für die sechsunddreißigste Zeile 1 Pf., für die siebenunddreißigste Zeile 1 Pf., für die achtunddreißigste Zeile 1 Pf., für die neununddreißigste Zeile 1 Pf., für die vierzigste Zeile 1 Pf., für die einundvierzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundvierzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundvierzigste Zeile 1 Pf., für die vierundvierzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundvierzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundvierzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundvierzigste Zeile 1 Pf., für die achtundvierzigste Zeile 1 Pf., für die neunundvierzigste Zeile 1 Pf., für die fünfzigste Zeile 1 Pf., für die einundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die vierundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die achtundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die neunundfünfzigste Zeile 1 Pf., für die sechzigste Zeile 1 Pf., für die einundsechzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundsechzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundsechzigste Zeile 1 Pf., für die vierundsechzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundsechzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundsechzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundsechzigste Zeile 1 Pf., für die achtundsechzigste Zeile 1 Pf., für die neunundsechzigste Zeile 1 Pf., für die siebenzigste Zeile 1 Pf., für die einundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die vierundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die achtundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die neunundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundachtzigste Zeile 1 Pf., für die einundachtzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundachtzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundachtzigste Zeile 1 Pf., für die vierundachtzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundachtzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundachtzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundachtzigste Zeile 1 Pf., für die achtundachtzigste Zeile 1 Pf., für die neunundachtzigste Zeile 1 Pf., für die neunzigste Zeile 1 Pf., für die einundneunzigste Zeile 1 Pf., für die zweiundneunzigste Zeile 1 Pf., für die dreiundneunzigste Zeile 1 Pf., für die vierundneunzigste Zeile 1 Pf., für die fünfundneunzigste Zeile 1 Pf., für die sechsundneunzigste Zeile 1 Pf., für die siebenundneunzigste Zeile 1 Pf., für die achtundneunzigste Zeile 1 Pf., für die neunundneunzigste Zeile 1 Pf., für die hundertste Zeile 1 Pf.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Donnerstag, den 13. April 1916.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die künftigen Weltherrscher.

Während die naiven Imperialisten wähen, über die Herrschaft auf dem Weltmarkt werde allein auf den europäischen Schlachtfeldern entschieden werden, vollziehen sich jenseits des Dzeans Ereignisse, die nicht nur all die Phantasien der europäischen Machtpolitiker zerstören, sondern zugleich auch eine wirkliche Umwälzung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse bedeuten. Die Vereinigten Staaten, das unterliegt heute keinem Zweifel mehr, reizen die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt an sich, sie werden in Zukunft den maßgebenden Faktor der Weltwirtschaft und der Weltpolitik bilden. Man darf aber nicht denken, daß es der Krieg allein ist, der diese wirtschaftliche Revolution hervorgerufen hat: wie auf allen anderen Gebieten erweist sich auch in dieser Beziehung der Krieg bloß als Fortsetzung der schon vorhandenen Tendenzen. Der Krieg hat nur die schon lange vor ihm einsetzende Entwicklung stark gefördert.

Zunächst stehen die Vereinigten Staaten schon seit mehr als zwei Jahrzehnten an der Spitze der Industrieländer. 1913 gewannen sie 517,14 Millionen Tonnen Kohle gegen bloß 292,01 Millionen in England und 278,98 Millionen Tonnen in Deutschland. Die Vereinigten Staaten förderten also allein nur um rund 50 Millionen Tonnen weniger Kohle als England und Deutschland. In der Eisenindustrie sind die Vereinigten Staaten diesen beiden größten Industrieländern weit voraus. So stellte sich (in Millionen Tonnen):

	Eisenerzeugung 1913	Kohleerzeugung 1913	Stahlerzeugung 1913
Ver. Staaten	59,44	81,46	31,75
Deutschland (u. Luxemburg)	35,94	19,80	17,80
England	16,25	10,84	7,01

Daß die Vereinigten Staaten der weitaus größte Produzent der anderen Metalle wie der Rohstoffe überhaupt sind, ist bekannt. Weniger bekannt ist es aber vielleicht, daß auch ihr Verbrauch der übrigen Metalle wie auch von Baumwolle den aller übrigen Staaten übersteigt. Es seien darum noch einige Zahlen hier angeführt. Es stellte sich nämlich 1913 der Verbrauch (in 1000 Tonnen):

	Kupfer	Zinn	Wolfram	Antimon
Ver. Staaten	348,1	401,3	813,3	45,0
Deutschland	259,3	404,0	223,5	221,3
England	144,7	191,4	414,9	415,9

Kupfer und Zinn konsumierten die Vereinigten Staaten fast ebenso viel wie die anderen beiden Länder zusammen, Zinn sogar mehr als diese, und nur im Verbrauch von Zinn bleiben sie hinter beiden, überragen aber jedes Land im einzelnen genommen sehr bedeutend. Auch im Verbrauch von Baumwolle marschieren die Vereinigten Staaten bei weitem an der Spitze. Sie konsumierten 1912/13 5,55 Millionen Ballen, während England bloß 3,28 und Deutschland gar nur 1,26 Millionen verbrauchte.

Gewiß arbeiteten die Vereinigten Staaten in erster Linie für den eigenen Markt. Aber auch auf dem Weltmarkt erscheinen sie als immer größere Konkurrenten und auf einigen Gebieten haben sie Deutschland und England schon überflügelt. So exportieren sie mehr Eisen- und Stahlzeugnisse als selbst Deutschland. Auch an Maschinen und Erzeugnissen der Elektrotechnik führten sie fast ebenso viel aus wie Deutschland und bedeutend mehr als England. In dieser Beziehung wird nun der Krieg die Position Amerikas besonders stärken. Die industrielle Tätigkeit der europäischen Länder wird auf viele Jahre hinaus geschwächt bleiben, ihren Platz werden die Vereinigten Staaten einnehmen. Während die Ausfuhr Englands nach den überseeischen Ländern im Jahre 1915 noch hinter der von 1914 zurückgeblieben ist, steigt der Export Amerikas immer mehr an. So führte es in den ersten 10 Monaten des Kalenderjahres 1915 nach Asien für 115,8 Millionen Dollar (gegen 77,6 Millionen zu gleicher Zeit 1914), nach Südamerika für 116,7 (gegen 70,4), nach Ozeanien für 77,6 (64,8) und nach Afrika für 29,1 (22,1) Millionen Dollar aus.

Wichtiger noch sind vielleicht die Veränderungen, die sich auf dem Kapitalmarkt vollziehen. Die Vereinigten Staaten sind das reichste Land der Welt. Das Nationalvermögen wurde für 1904 auf 88,5 Milliarden und für 1912 auf 187,74 Milliarden Dollar geschätzt, während das Nationalvermögen Englands mit 90 und das Deutschlands mit 75 Milliarden Dollar angenommen wird. Trotz dieser erstaunlich raschen Kapitalakkumulation haben die Vereinigten Staaten noch in den letzten Jahren bedeutende Summen in Europa geborgt, etwa eine halbe Milliarde Dollar. Die Gesamtverschuldung Amerikas an Europa wird gar auf 6 Milliarden Dollar geschätzt. Jetzt haben nun die Vereinigten Staaten einen großen Teil dieser Schuld abgetragen.

Das letzte Jahr sah eine Refordernte. Da außerdem die Getreide- und Viehpreise stark gestiegen sind, so zogen die Landwirte gewaltige Vorteile. Der Wert des Getreides überstieg den vorjährigen um mehr als 400 Mill. Dollar und erreichte die gewaltige Höhe von 5,38 Milliarden Dollar, der Wert aller Bodenprodukte sogar 6,65 Milliarden und der der Erzeugnisse der Viehzucht 3,85 Milliarden Dollar, zusammen also die Summe von 10,5 Milliarden. Auch die Industriellen machen gewaltige Gewinne. Der Gesamt-

ausfuhrüberschuß des letzten Jahres stellte sich auf die enorme Summe von 1,77 Milliarden Dollar, also ebenso hoch wie die der drei Jahre 1912-1914 zusammen. In diesem Riesenexport kommen die Bestellungen des Vierverbandes zum Ausdruck. Allgemein bekannt ist es auch, wie diese Kriegsbestellungen bezahlt werden: durch Rückverkauf amerikanischer Werte und durch Aufnahme von Anleihen. England hat für 950 Millionen Dollar amerikanische Werte abgestoßen, Deutschland für 300, Frankreich für 150, Holland für 100 und die Schweiz für 50 Millionen Dollar. Außerdem hat Europa fast eine Milliarde Dollar in Amerika geborgt; an Südamerika wurden 70 Millionen geliehen.

Auf diese Weise vollzieht sich nicht allein ein potenziertierter Akkumulationsprozess, sondern es wird, was dem gewöhnlichen Auge verborgen bleibt, die Herrschaft der Trusts noch ungemein gefestigt. Ist es doch die Bank der Trusts, Morgan u. Co., die die Aufträge des Vierverbandes unter den Unternehmern verteilt; durch diese Kapitaltransaktionen werden die noch unabhängig gebliebenen Werke den Trustmagnaten direkt ausgeliefert. Bisher fanden nämlich diese unabhängigen Unternehmungen in Europa eine Kapitalstütze gegen die Kapitalübermacht der Trusts. Jetzt gehen die Aktien und Obligationen dieser Unternehmungen an die Trustbanken über, und damit ist ihrer Unabhängigkeit ein Ende gemacht.

Noch mehr. Die Trusts suchen jetzt die Rohstoffquellen in den anderen Weltteilen an sich zu reißen. So verlangen sie von Rußland als Gegenwert für Anleihen gewisse Konzessionen; auch in Südamerika bemächtigen sie sich der Naturkräfte. Da die Vereinigten Staaten auf lange hinaus beinahe die einzige Geldgeberin bleiben werden, so liegt tatsächlich die Gefahr nahe, daß die Trusts sich der wichtigsten Rohstoffquellen der Welt bemächtigen und so sich die übrige Welt tributär machen werden. Als wirkliche Weltherrscher werden nicht die sich zerfleischenden europäischen Völker, sondern die amerikanischen Trusts werden, die schon heute den Verfall Europas in ihre Rechnung stellen und sich vorbereiten, sein Erbe anzutreten.

Der Fall „Sussex“.

Berlin, 12. April 1916. (B. Z. V.) Auf die Anfrage der Regierung der Vereinigten Staaten wegen der Angriffe auf den Dampfer „Sussex“ und andere Schiffe ist dem hiesigen amerikanischen Votschafter am 10. d. M. nachstehende Antwort erteilt worden:

Der Unterzeichnete beehrt sich, Seiner Excellenz dem Votschafter der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn James W. Gerard auf die Schreiben vom 29. und 30. vorigen Monats, sowie vom 8. dieses Monats (Nr. 8878, 8850 A, 8901, 8902, 8933 und 9010) über die Dampfer „Sussex“, „Manchester Engineer“, „Englishman“, „Verwind Vale“ und „Eagle Point“ mitzutellen, daß die erwähnten Fälle gemäß den diesseitigen Notizen vom 30. und 31. v. M. und vom 4. und 5. d. M. von dem Admiralstab der Marine einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden sind, die zu nachstehenden Ergebnissen geführt hat:

I. Englischer Dampfer „Verwind Vale“.
 Ein Dampfer, der möglicherweise der „Verwind Vale“ gewesen ist, wurde am 18. März abends in Sicht des Leuchtturms von Vullrood an der irischen Küste von einem deutschen U-Boot angegriffen. Sobald der Dampfer das über Wasser fahrende U-Boot bemerkt, drehte er ab und lief weg. Er wurde durch einen Warnungsschuh zum Stoppen aufgefordert, beachtete aber diese Warnung nicht, sondern löschte sämtliche Lichter und versuchte zu entkommen. Daraufhin wurde er beschossen, bis er stoppte und ohne weitere Aufforderung mehrere Boote zu Wasser führte. Nachdem die Besatzung in die Boote gegangen war und genügend Zeit erhalten hatte, um wegzurudern, wurde das Schiff versenkt.

Der Name dieses Dampfers ist nicht festgestellt. Auch mit Hilfe der Angaben, die von Seiten der amerikanischen Votschaft gemacht worden sind, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, daß der vorstehend geschilderte Vorfall den Dampfer „Verwind Vale“ betrifft. Da aber der versenkte Dampfer ein Landdampfer war, ebenso wie der „Verwind Vale“, dürfte die Identität des Schiffes anzunehmen sein; in diesem Falle würde allerdings die dortige Angabe, daß der „Verwind Vale“ ohne Warnung torpediert worden sei, mit den Tatsachen im Widerspruch stehen.

II. Englischer Dampfer „Englishman“.
 Dieser Dampfer wurde am 24. März von einem deutschen U-Boot etwa 20 Seemeilen westlich von Islay durch zwei Warnungsschüsse zum Stoppen aufgefordert, lief aber weiter, ohne sich um die Warnung zu kümmern, und wurde daher von dem U-Boot durch Artilleriefeuer nach längerer Verfolgung gezwungen, zu stoppen, worauf er ohne weitere Aufforderung Boote auslegte. Nachdem der deutsche Kommandant sich davon überzeugt hatte, daß die Besatzung in die Boote gestiegen und vom Schiff weggerudert war, versenkte er den Dampfer.

III. Englischer Dampfer „Manchester Engineer“.
 Durch die bisherige Untersuchung hat sich nicht feststellen lassen, ob der Angriff auf diesen Dampfer, der nach der dortigen Darstellung am 27. März in der Höhe von Waterford stattgefunden hat, auf ein deutsches U-Boot zurückzuführen ist. Die Angaben über Ort und Zeit geben keinen genügenden Anhalt für die Untersuchung. Es wäre daher erwünscht, genauere Angaben über Ort, Zeit und Begleitumstände des der amerikanischen Regierung gemeldeten Angriffs zu erhalten, damit daraufhin die Untersuchung zum Abschluß gebracht werden kann.

IV. Englischer Dampfer „Eagle Point“.
 Dieser Dampfer wurde am 28. März vormittags etwa 100 - nicht 180 - Seemeilen von der Südküste Irlands entfernt von einem deutschen U-Boot durch Signal und Schuß aufgefordert zu stoppen, lief jedoch weiter. Daraufhin wurde auf ihn geschossen, bis er stoppte und ohne weitere Aufforderung zwei Boote zu Wasser

brachte, in die sich die Besatzung begab. Nachdem sich der Kommandant überzeugt hatte, daß die Boote, die Segel geflegt hatten, vom Dampfer freigelassen waren, versenkte er den Dampfer.

Zur Zeit der Versenkung herrschte Nordnordwestwind von Stärke 2, nicht „stürmischer Wind“, und leichte Dämung, nicht „schwere See“, wie in der dortigen Darstellung angegeben ist. Die Boote hatten auch alle Aussicht, sehr bald aufgenommen zu werden, da der Ort der Versenkung auf einem viel benutzten Dampferwege lag. Wenn die Besatzung des Dampfers zu ihrer Rettung nur zwei kleine Boote in Gebrauch nahm, so trifft sie selbst die Schuld, denn auf dem Dampfer befanden sich, wie das U-Boot feststellen konnte, noch mindestens vier große Rettungsboote.

V. Französischer Dampfer „Sussex“.
 Die Feststellung, ob der Kanaldampfer „Sussex“ von einem deutschen U-Boot beschädigt worden ist oder nicht, ist dadurch außerordentlich erschwert worden, daß keine genauen Angaben über Ort, Zeit und Begleitumstände der Versenkung bekannt waren, auch ein Bild dieses Schiffes bis zum 6. April nicht erlangt werden konnte. Infolgedessen hat die Untersuchung auf alle Unternehmungen ausgedehnt werden müssen, die an dem in Frage kommenden Tage, dem 24. März, im Kanal etwa auf dem Wege zwischen Folkestone und Dieppe überhaupt stattgefunden haben.

In diesem Gebiet ist am 24. März ungefähr in der Mitte des Englischen Kanals von einem deutschen U-Boot ein langes schwarzes Fahrzeug ohne Flagge mit grauem Schornstein und kleinen grauem Aufbau sowie mit zwei hohen Masten angetrieben worden. Der deutsche Kommandant gewann die bestimmte Ueberzeugung, daß er ein Kriegsschiff, und zwar einen Minenleger der neugebauten englischen Arabis-Klasse, vor sich habe. Er wurde zu dieser Ueberzeugung geführt:

1. durch das glatt durchlaufende Deck des Schiffes,
2. durch die kriegsschiffsmäßige, scharf nach hinten und unten abfallende Form des Hecks,
3. durch den kriegsschiffsmäßigen Anstrich,
4. durch die hohe Geschwindigkeit von etwa achtzehn Seemeilen, die das Schiff entwickelte,
5. durch den Umstand, daß das Schiff nicht den Weg nördlich der Leuchttürme zwischen Dungeness und Beachy Head innehielt, der nach den häufigen, übereinstimmenden Beobachtungen der deutschen U-Boote für die Handelschiffahrt üblich ist, sondern mitten im Kanal, mit dem Kurs ungefähr auf Ve Havre, fuhr.

Infolgedessen griff er das Schiff um 8 Uhr 55 Minuten nachmittags mitteleuropäischer Zeit 1 1/2 Seemeilen südlich der Vullrood-Bank unter Wasser an. Der Torpedo traf und rief im Vorschiff eine so schwere Explosion hervor, daß das ganze Vorschiff bis zur Brücke abbrach. Die besonders starke Explosion läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß an Bord große Munitionsmengen vorhanden waren.

Der deutsche Kommandant hat eine Skizze des von ihm angegriffenen Schiffes angefertigt, von der zwei Abzeichnungen beigefügt werden. Das ebenfalls in zwei Exemplaren angeschlossene Bild des Dampfers „Sussex“ ist aus der englischen Zeitung „Daily Graphic“ vom 27. v. M. in photographischer Wiedergabe entnommen. Die Vergleichung der Skizze und des Bildes zeigt, daß der „Sussex“ mit dem angegriffenen Fahrzeug nicht identisch ist, besonders auffallend ist der Unterschied in der Stellung des Schornsteins und der Form der Hecke. Ein weiterer Angriff hat in der für den „Sussex“ in Frage kommenden Zeit auf dem Wege zwischen Folkestone und Dieppe seitens deutscher U-Boote überhaupt nicht stattgefunden.

Hiernach muß die Deutsche Regierung annehmen, daß die Beschädigung des „Sussex“ auf eine andere Ursache als auf den Angriff eines deutschen U-Bootes zurückzuführen ist. Zur Aufklärung des Sachverhalts ist vielleicht die Tatsache dienlich, daß allein am 1. und 2. April im Kanal nicht weniger als 28 englische Minen von deutschen Seestreitkräften abgeschossen worden sind; überhaupt ist die ganze dortige Meeresgegend durch treibende Minen und nicht gesunkene Torpedos gefährdet. Vor der englischen Küste wird sie ferner auch durch deutsche Minen, die gegen die feindlichen Seestreitkräfte ausgelegt werden, in zunehmendem Maße gefährdet sein.

Sollte der Amerikanischen Regierung weiteres Material zur Beurteilung des Falles „Sussex“ zur Verfügung stehen, so darf die Deutsche Regierung um dessen Mitteilung bitten, um auch dieses Material einer Prüfung unterziehen zu können. Für den Fall, daß sich hierbei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen ergeben sollten, erklärt sich die Deutsche Regierung schon jetzt bereit, den Tatbestand durch eine gemischte Untersuchungskommission gemäß dem dritten Titel des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 feststellen zu lassen.

Indem der Unterzeichnete bittet, der Regierung der Vereinigten Staaten von Vorstehendem Kenntnis zu geben, benutzt er diesen Anlaß, um dem Herrn Votschafter den Ausdruck seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

gez. Jagow.

Die deutsche Note in Washington angelangt.

Paris, 11. April. (Z. U.) Gavas meldet aus Washington: Die deutsche Note ist hier angelangt. Das Ministerium des Auswärtigen wird aber die Antwort hierauf nicht vor einer Woche veröffentlichen. Da Präsident Wilson gezwungen ist das Wort zu hüten, wurde der Ministerrat, der heute stattfinden sollte, abgejagt.

Jaurès und Sembat.

Seine zweite keine Anfrage hat dasselbe Schicksal wie die erste. Statt einer direkten Antwort eine Fülle von Worten, die von der Frage abweichen. Ich fragte den Genossen Sembat, worauf seine Ueberzeugung beruhe, daß der Jaurèsche Brief, den er im Reichstag verlas, echt sei. Statt den Beweis für die Echtheit anzutreten, antwortet er mit der Gegenfrage: Warum soll er nicht echt sein? Er sagt: Es ist mir gänzlich unerfindlich, warum Jaurès den Brief nicht geschrieben haben soll.

Er meint also, wenn irgendein Anonymus in irgendeinem bürgerlichen Blatte irgendein Schriftstück als Aeußerung eines toten Parteigenossen veröffentlichte, so genüge das, sie als echt anzuerkennen und zu benutzen, es sei denn, daß der Nachweis gelinge, das Schriftstück sei tatsächlich nicht von dem Betreffenden geschrieben worden.

Danach gälte jede Fälschung als beweiskräftig, wenn sie nur einigermaßen geschickt fabriziert ist.

Aber in dem Falle des Jaurèschen Briefes ist sogar der Nachweis geführt worden, daß er nicht echt sein könne. Vergeblich sucht ihn Scheidemann zu entkräften. Widerwillig muß er zugeben, daß das Datum des Briefes wohl falsch ist:

„Daß das Datum des Briefes irrig ist, mag (!) sein. Aber darauf kann der Vorwurf einer frechen Fälschung nicht begründet werden, denn Zeitläufer in Datenangaben unterlaufen jedem, der Briefe schreibt.“

Nun, Scheidemanns Quelle, die „Braunschweigische Landeszeitung“, legt auf das Datum besonderen Wert. Sie schreibt:

„Der Brief ist vom 30. Juli 1914 datiert. Am 30. Juli wurde auch die Briefzensur verlegt. Am 1. August war Jaurès ein toter Mann.“

Dieser Hinweis will sagen:

Durch die Zensur kam der Brief zur Kenntnis der Regierung und die Antwort war die Ermordung Jaurès!

Aber auch zu einer früheren Zeit kam der Brief unmöglich geschrieben sein, denn er widerspricht dem, was Jaurès in Brüssel über die Haltung der französischen Regierung seit Beginn der Krise sagte. Nun will Scheidemann diesen Widerspruch nicht gelten lassen. In dem Brief der „Braunschweigischen Zeitung“ habe Jaurès nicht die französische Regierung, sondern nur „schädliche Kräfte“ angeklagt, die zum Kriege hielten. Dies könne sehr wohl im Gegensatz zur Regierung gesehen. Doch Scheidemann selbst verlas aus dem Brief im Reichstag folgende Stelle:

„In der Nacht der französischen Regierung läge es, Rußland am Kriege zu verhindern. Aber man sucht den Krieg, den man schon lange scharte.“

Das soll derselbe Mann in derselben Zeit geschrieben haben, in der er behauptete:

„Wir brauchen unserer Regierung keine Politik des Friedens aufzuzwingen, denn sie übt bereits diese Politik. Die französische Regierung will den Frieden und arbeitet für den Frieden.“

In seiner Verlegenheit hilft sich Scheidemann mit einer verblüffenden Wendung: Er macht Ausführungen, die im Grunde nichts sind als eine Polemik gegen den zweifellos echten Jaurès, um zu beweisen, der gefälschte Jaurès sei echt. In seiner Brüsseler Rede, die niemand anzweifeln kann, erklärte Jaurès, die französische und die englische Regierung arbeiteten für den Frieden. Scheidemann trägt einen Haufen Zitate zusammen, der, wenn er etwas beweise, därtun würde, daß Jaurès in Brüssel sich irrt, wenn er an die Friedensliebe der beiden Regierungen glaubte, und daß man in Frankreich schon vor dem 14. Juli „wußte, daß die Regierung an Krieg dachte“. Daraus schließt Scheidemann, daß der Brief „durchaus nicht im Widerspruch steht zu den Tatsachen, die wir aus Frankreich kennen“.

Sicher steht er nicht im Widerspruch zu dem Bild, das sich Scheidemann von den Tatsachen malt und das zu beleuchten erit möglich sein wird, wenn man einmal über alle Regierungen so frei reden kann, wie Scheidemann über die französische. Aber es steht im Widerspruch zu den Auffassungen Jaurès', und das ist das Entscheidende. Das ganze Zitatensammelwerk beweist nur, daß, wenn der Scheidemann von heute den Jaurèschen Brief zu schreiben gehabt hätte, dieser so ausgefallen wäre, wie er in der „Braunschweigischen Landeszeitung“ abgedruckt ist. Ich habe bereits gesagt zu müssen, daß mir das als Beweis dafür, daß Jaurès den Brief schrieb, und noch dazu als einziger Beweis nicht genügt.

Nun noch ein paar Worte über den Fall Sembat. Von den diesem zugeschriebenen Aeußerungen hatte die „Humanität“ erst durch den Genossen Grumbach erfahren. Er hat das Hörtörchen bereits so lächerlich gemacht, daß es der Redaktion überflüssig erscheinen dürfte, noch mehr darüber zu sagen.

Aber, bemerkt Scheidemann weiter, sein Gewährsmann sei kein Unbekannter für mich. Das stimmt nicht. Ich kenne ihn nicht, und wenn Scheidemann nicht mehr weiß, als mein „intimer Freund“, dann kennt er ihn ebensowenig. Jener Herr, auf den sich Genosse Scheidemann beruft, ein hoher Beamter, erzählte nur, er habe von einem anderen Beamten erfahren, ein dritter Herr, dessen Namen verschwiegen blieb, hätte in einer privaten Unterredung von Sembat jene Worte gehört.

Als Gewährsmann könnte nur der Ohrenzeuge gelten, dessen Name wurde in der Unterredung, der mein „intimer Freund“ bewohnte, nicht genannt. Scheidemann kennt ihn also nicht.

Hielt jener hohe Beamte die Aeußerung Sembats für eine gut begründete, die man im politischen Leben verwenden kann, dann hätte er selbst ausreichende Ursache und Gelegenheit gehabt, sie öffentlich vorzubringen. Als hoher Mann hat er das nicht getan, sondern es vorgezogen, die Aeußerung bloß dem Genossen Scheidemann und meinem Freunde mitzuteilen. Keines Erinnerung wurde dann zuerst in der „Chemnitzer Volksstimme“ der Inhalt jener vertraulichen Unterredung vorgebracht.

Ich zweifelte allerdings bisher daran, daß Scheidemann nur diesen einen Gewährsmann habe, denn es war in unserer Partei nicht üblich, Informationen, noch dazu unkontrollierbare, über Aeußerungen eines Parteigenossen, die auf solchen Wegen erlangt waren, als objektiv wahr anzusehen und in einer Parteipolemik zu verwenden. A. Kautsky.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 12. April. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. Auf dem linken Maasufer richteten die Deutschen gestern Abend einen Angriff auf unsere Stellungen, bei dem sie brennende Flüssigkeiten schleuderten. Der Angriff, der sich aus dem Maaswald entwickelte, wurde durch unser Sperrfeuer und das Feuer der Infanterie zurückgeschlagen, mit Ausnahme des östlichen Teiles, wo der Feind in einigen kleinen Grabenabschnitten Fuß fassen konnte. Auf dem rechten Ufer der Maas haben die Deutschen im Laufe der Nacht versucht, uns aus den Gräben hinauszuerwerfen, die wir in den letzten Tagen südlich des Dorfes Douaumont genommen hatten. Ihr Versuch, bei dem sie ebenfalls brennende Flüssigkeiten schleuderten, endete mit einem blutigen Mißerfolg. Heftiges Bombardement in der Gegend von Douaumont—Vaux. In der Woivre einige Feuerüberfälle der Artillerie. An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Flugwesen: Am Morgen hat einer unserer Flugzeugführer ein deutsches Flugzeug abgeschossen, das in die Linien bei Vadonville fiel. Die beiden deutschen Piloten wurden bei dem Absturz getötet.

Paris, 12. April. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom Dienstagabend. In der Nordfront nahm unsere Artillerie eine starke deutsche Kolonne, die sich auf der Straße Chemin des Dames bewegte, unter ihr Feuer. Die wohlgezielten Schüsse brachten den Deutschen ernste Verluste bei. In den Argonnen leb-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. April 1916. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei La Boisselle (nordöstlich von Albert) brachte eine kleinere deutsche Abteilung von einer nächtlichen Unternehmung gegen die englische Stellung ohne eigene Verluste 29 Gefangene und 1 Maschinengewehr zurück.

Westlich der Maas griffen die Franzosen vergeblich unsere Linien nordöstlich von Avocourt an, beschränkten sich im übrigen aber auf lebhafteste Feuererwartung ihrer Artillerie. Auf dem Oisuser brachten drei durch heftigste Feuer vorbereitete Gegenangriffe am Pifferrücken dem Feinde nur große Verluste, aber keinerlei Vorteil. Zweimal gelang es den Sturmtruppen nicht, den Bereich unseres Sperrfeuers zu überwinden, der dritte Anlauf brach nahe vor unseren Hindernissen im Maschinengewehrfeuer völlig zusammen. Im Caillette-Walde gewannen wir der zähen Verteidigung gegenüber schrittweise einigen Boden.

Im Luftkampf wurde ein französisches Jagdflugzeug bei Ornes (in der Woivre) abgeschossen. Der Führer ist tot.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Garbunowska (nordwestlich von Danaburg) wurden russische Nachtangriffe mehrerer Kompagnien abgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 12. April. (B. L. B.) Amtlich wird verlautbart: 12. April 1916.

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Bedeutung.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die lebhaftesten Gefechtskämpfe in einzelnen Frontabschnitten dauern fort.

Bei Riva wurde der Feind, der sich in einigen vorgeschobenen Gräben und einer Verteidigungsmauer südlich Sperone festgesetzt hatte, aus diesen Stellungen wieder vertrieben. Der italienische Angriff ist somit vollständig abgeschlagen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hoefer, Feldmarschallleutnant.

hafte Tätigkeit unserer Artillerie an der ganzen feindlichen Front. Westlich von der Maas ziemlich heftige Beschichtung im Laufe des Tages an unserer Front zwischen dem Toten Mann und Cumidres. Keinerlei Infanterietätigkeit. Westlich von der Maas warfen die Deutschen nach kräftigster artillerischer Vorbereitung, die durch reichlichen Gebrauch von Gasbomben und tränenreizenden Gasen unterstützt war, gegen 5 Uhr nachmittags einen starken Angriff gegen unsere Schützengräben zwischen Douaumont und Vaux vor. Der Feind konnte in einigen vorgeschobenen Teilen unserer Linien Fuß fassen, wurde aber bald darauf durch einen Gegenangriff unserer Truppen hinausgetrieben, wobei wir etwa 100 unverwundete Deutsche, darunter einen Offizier, gefangen nahmen. In der Woivre Artilleriekampf in den Abschnitten von Roulainville, Convaux und Chailillon. Nordwestlich von St. Mihiel beschoßen unsere weittragenden Kanonen erfolgreich einen Zug, der nördlich vom Bahnhof Houdicourt hielt. Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden.

Flugwesen: In der Nacht vom 10. auf den 11. April warf eines unserer Kampfflugzeuge in zwei verschiedenen Angriffen 27 und 21 Bomben auf die Wahnhöfe von Kantiello und Oriello. Dasselbe Flugzeug besetzte die Stellung eines weittragenden 88-Zentimeter-Geschützes mit Bomben.

Belgischer Bericht: Nennlich schwache Artillerietätigkeit an der Front der belgischen Armee.

Die englische Meldung.

London, 11. April. (B. L. B.) Englischer Heeresbericht. Die Handgranatenkämpfe in Trichtern östlich von St. Eloi dauerten gestern Abend mit wechselndem Erfolge an. Wir hatten drei Trichter besetzt, aber die anderen beiden angeblich nicht. Der Feind sprengte heute Mienen nordöstlich von Vermeles und beschädigte die Stellung an einem alten Trichter, ohne aber die Lage zu ändern. Beträchtliche Artillerietätigkeit bei Wilschaete, unbedeutende in der Nähe von Souchez und östlich von Ypern. Im Verlaufe von acht Luftkämpfen brachten gestern unsere Piloten ein feindliches Flugzeug zum Absturz, ohne selbst Verluste zu erleiden; im Laufe des Tages wurde jedoch eines unserer Flugzeuge durch Geschützfeuer abgeschossen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 12. April. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom 11. April.

Westfront: An der Dünofront stellenweise Artilleriekampf. In der Gegend des Brückenkopfes bei Hegküll versuchten die Deutschen anzugreifen, aber erfolglos. Bei Dünaburg und weiter südlich im Seegebiet entwickelte die feindliche Artillerie abschnittsweise eine recht lebhaftige Tätigkeit.

Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Kaukasus: Westlich von Erzerum verteidigen unsere Truppen den Feind aus weiteren Geländeabschnitten.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 11. April. (B. L. B.) Amtlicher Bericht. Im Frontabschnitt zwischen Cich- und Saganatal eröffnete der Feind das Feuer mit neuen Batterien von großer Tragweite, die von den unseren wirksam bekämpft wurden. Das genaue Feuer unserer Artillerie rief große Brände in der Umgegend von Calceronica (Caldonazzo) hervor und beschädigte stark das Fort Luserna im Hochastico. Am Gionzo waren die heidelscheitigen Artillerien gestern noch auf der ganzen Front sehr tätig, besonders auf den Höhen nordwestlich von Görz. Auf dem Karst wurden feindliche Kolonnen, die auf Opatofa und Rabilog marschierten, wirksam beschossen. In der Nacht zum 10. April warfen feindliche Wasserflugzeuge elf Bomben auf Grada ab, die unbedeutenden Schaden verursachten. Verlonen wurden nicht getötet. Cadorna.

Vom U-Boot-Krieg.

Brest, 11. April. (B. L. B.) Einer Neutermeldung zufolge wurden zwei Mann von der Besatzung des versenkten Dampfers „Union“ von einem britischen Zerstörer, sieben andere von einem französischen Torpedoboot gerettet und später hier gelandet. Alle Geisler werden vernicht.

Auf eine Mine gelaufen.

Amsterdam, 12. April. (B. L. B.) Die Direktion des westindischen Postdienstes erhielt ein drahtloses Telegramm vom Kapitän des neuen Dampfers „Columbia“, wonach das Schiff um 5.45 Uhr früh in 51 Grad 51.5 Minuten nördlicher Breite und 1 Grad 56 Minuten östlicher Länge wahrscheinlich auf eine Mine gelaufen ist. Der Dampfer fährt langsam nach dem Sund-Reuchtschiff zurück. Das Vorkiff ist voll Wasser. Der norwegische Dampfer „Ganna“ leistet Beistand. Der Kapitän hofft, das Schiff nach dem Londoner Hafen bringen zu können. Aus Hoel sind Schlepddampfer zu Hilfe geeilt. Die „Columbia“ wurde im vorigen Jahre gebaut und war um 710 000 Fl. Sterl. an eine New Yorker Reedereifirma verkauft worden. Das Schiff, das mit Regierungsgetreide nach Holland unterwegs war, hätte nach seiner Ankunft in Amsterdam an die Käufer abgeliefert werden sollen.

Aus Deutsch-Ostafrika.

Lissabon, 12. April. (B. L. B.) Der Kommandant von Porto Amelia in Portugiesisch-Ostafrika meldet, daß die von den Deutschen besetzte Ortshasi Kionga wieder eingenommen worden ist.

Notiz des B. L. B.: Kionga liegt in dem südlich der Rovuma-Mündung zu Deutsch-Ostafrika gehörigen Gebietsdreieck. Dieses durch den jetzt Hochwasser führenden Rovuma-Fluß vom übrigen Schutzgebiet getrennt und daher nicht verteidigungsfähige kleine Gebiet ist offenbar deutscherseits geräumt und alsdann von den Portugiesen besetzt worden. Von einer Wiedereinnahme durch die Portugiesen kann keine Rede sein, da es ihnen nie gehört hat und auch während des Krieges seither noch nie von ihnen besetzt war.

Englands Druck auf die Neutralen.

Amsterdam, 12. April. (B. L. B.) Den Reedereien der Humber Fischdampfer wurde mitgeteilt, daß ihre Dampfer nicht englische Kohle laden dürfen, wenn die Reedereien sich nicht verpflichten, daß die von ihnen gefangenen Fische nicht nach Deutschland ausgeführt werden. Da die Reedereien keine Kontrolle über den Fischhandel haben, können sie dieses Versprechen nicht geben. Fischdampfer, die englische Kohle an Bord hatten, haben sie infolgedessen wieder ausgeladen und sind mit deutscher Kohle versorgt.

Die Vorgänge in der griechischen Kammer.

Bern, 12. April. (B. L. B.) Nach Meldungen aus Athen kam es in der Sitzung der griechischen Kammer am Montag aus Anlaß der Neubefestigung des Finanzministeriums zu bewegten Ausstritten. Die Regierung stellte die Vertrauensfrage, bei deren Abstimmung sie eine Mehrheit von 200 Stimmen von den 206 abgegebenen erhielt.

Die Entente errichtet auf Kephallonia einen Flottenstützpunkt.

Amsterdam, 11. April. (B. L. B.) Das neutrale Bureau verbreitet die folgenden Meldungen aus Athen: Am 9. April begaben sich der englische und der französische Gesandte zum Ministerpräsidenten und teilten ihm mit, daß ihre Regierungen die Absicht hätten, auf der Insel Kephallonia, namentlich auf der See von Argostoli, Truppen auszuschießen. Sie gaben die Versicherung ab, daß den griechischen Hoheitsrechten Rechnung getragen werden solle.

Die Gesandten haben dem Ministerpräsidenten eröffnet, daß zwingende Notwendigkeiten ihre Regierungen veranlaßten, die See von Argostoli zu sperren. Sie fügten hinzu, diese Maßregel sei ergriffen worden, um den Verkehr auf der See mit möglichst geringen Schwierigkeiten aufrecht zu erhalten. Der Ministerpräsident protestierte lebhaft und erklärte in energischer Weise, Griechenland müsse gegen diese neue Verletzung seiner Souveränität Einspruch erheben. Es folgte eine lebhafte Auseinandersetzung. Der englische Gesandte hatte eine Audienz beim König. Am 10. April veröffentlichten der englische und der französische Gesandte eine Mitteilung, daß die Errichtung eines Flottenstützpunktes in Argostoli nur zu Verteidigungszwecken vorgenommen worden sei und nicht den Charakter einer Besetzung trage.

Erstarben der sozialistischen Opposition in Frankreich.

Nach der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teilteisen die Blätter der Rechten vom Schlag der Chemnitzer „Volksstimme“, der Mannheimer „Volksstimme“ usw. mit der bürgerlichen Presse in der höhnischen Bloßlegung der Stimmen, die — in tendenziöser Aufmachung — aus Frankreich gemeldet wurden. Wiederrum wurde Hervé mit seinem Appell an das Schwert Castelnans durch die gesamte Mehrheitspresse geleistet, und die unvollständig und in verzerrter Form wiedergegebenen Aeußerungen Renaudels in der „Humanität“ wurden als schlagender Beweis vorgebracht, daß die deutsche Minderheit sich unnützlich bemüht habe, da sie es den Franzosen doch nicht recht machen könne.

Nun hat der Nationalrat der französischen Partei, der am 9. und 10. d. M. in Paris tagte, zu der neuen Situation Stellung genommen. Allerdings liegt zurzeit noch kein ausführlicher Bericht über die Tagung vor und ein endgültiges Urteil über sie wird man sich bis zum Eintreffen vollständiger Nachrichten vorbehalten müssen. Allein schon die kurzen telegraphischen Berichte in der Presse sind bedeutsam genug, um hier erörtert zu werden. So wird der „Frankfurter Zeitung“ unter dem 10. April indirekt aus Paris telegraphiert:

„Der Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs, der gestern hier zusammentrat, stellt ein Mittelglied dar zwischen dem allgemeinen Parteitag und dem Verwaltungsausschuß der Partei und hat insbesondere die Aufgabe, die Durchführung der Parteitagbeschlüsse zu überwachen. Es kam gestern im Nationalrat wieder zu einer langen und lebhaften Aussprache über das Verhalten der französischen Partei zu der deutschen Sozialdemokratie und deren aus den letzten Vorgängen im Reichstage hervorergangenen Dissidentenfraktion. Ueber den Inhalt der Verhandlung liegt bisher noch nichts vor. Nur der „Matin“ bringt einen vorläufigen Stimmungsbericht, in dem angegeben wird, daß die Friedensbewegung in der sozialdemokratischen Partei seit dem letzten allgemeinen Parteitag stark zugenommen hat. Dies wird durch ein Telegramm bestätigt, das die Agence Havas über die Schlußabstimmung des

Nationalrates mittelt. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, die besagt:

Die Bildung einer entschlossenen sozialistischen Minderheit in Deutschland sei geeignet, das Herannahen des Zeitpunktes zu beschleunigen, in dem die internationale sozialistische Aktion sich wieder auf festen und bestimmten Grundlagen werde betätigen können.

Die Tagesordnung besagt ferner, daß die Partei jede Beziehung mit dem bei der Konferenz in Zimmerwald eingeleiteten Ausschuss ablehnt und daß sie gegen jeden Versuch protestiert, dem später in Brüssel und gegenwärtig im Haag bestehenden Internationalen Bureau ein anderes zu substituieren.

Für diese Tagesordnung wurden 1008 Stimmen abgegeben, dagegen 45 Stimmen. Ein Drittel des Nationalrates war also diesmal für den Anschluß an die Konferenz von Zimmerwald. Die Minderheit hat also seit dem letzten großen Parteitag im Dezember stark zugenommen.

Zwei Momente geben demnach der Tagung des französischen Nationalrates ihr Gepräge. Einerseits das Zurückweichen der durch die Parteinstimmen verkörpernten und durch die sozialistischen Minister beeinflussten „Mehrheit“, die sich bisher einer Wiederanschließung der internationalen Beziehungen zum Zweck einer gemeinsamen sozialistischen Aktion entschieden widersetzt hat. Allerdings ist der durch Gabaus mitgeteilte Passus der beschlossenen Tagesordnung reichlich unklar, und man wird abwarten müssen, welche praktischen Schritte der französische Nationalrat beschlossen hat, um seinerseits „das Herannahen des Zeitpunktes zu beschleunigen, in dem die internationale sozialistische Aktion sich wieder auf festen und bestimmten Grundlagen betätigen können.“ Der zweite charakteristische Zug der soeben abgeschlossenen Tagung besteht in dem starken Anwachsen der oppositionellen Minderheit. Ein Drittel des Nationalrates hat sich, nach der Meldung der „Frankf. Ztg.“, gegen die Tagesordnung, d. h. gegen die unklare Fassung bezüglich der internationalen Annäherung und gegen die in der Resolution enthaltene Ablehnung des auf der Zimmerwalder Konferenz eingelegten Ausschusses erklärt. Danach ist wohl der Schluss berechtigt, daß sich ein Drittel des Nationalrates für den Anschluß an die Zimmerwalder Konferenz erklärt hat. Berücksichtigt man, daß noch auf dem Weihnachtskongress der französischen Partei, der bei allem Uebertreiben des bürokratischen Charakters dieser Veranstaltung immerhin demokratischer gestaltet war als der jetzt abgeschlossene Nationalrat, die vom Genossen Bourderon eingebrachte Resolution der „Zimmerwälder“ nur 76 Stimmen auf sich vereinigte — gegen 2788, die auf die Kompromißresolution der Rechten und des Zentrums entfielen, so erkennt man, wie stark die auf dem Boden der konsequenten Anwendung der sozialistischen Grundzüge stehende Opposition auch in Frankreich zugenommen hat.

Dem Vorgehen dieser Opposition, die namentlich in den letzten Monaten in der Presse und in Versammlungen rührig gearbeitet hat, ist es sicherlich zu danken, daß die Mehrheit des Nationalrates sich zu ihrer jetzigen Stellungnahme entschlossen hat. Von dem weiteren entschlossenen Vorgehen dieser Opposition wird es aber auch abhängen, daß der Beschluß des Nationalrates nicht den Charakter einer „Beschwichtigungsvorlesung“ erhält, sondern eine entscheidende Etappe bildet auf dem Wege zur Wiederherstellung einer aktionskräftigen und arbeitsfreudigen Internationale.

Die französische Presse über den Nationalrat.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Genf telegraphiert: Als eine befriedigende Lösung will die französische Regierungspresse den von der ministeriellen Mehrheit des Sozialistengesamtes am 11. durchgedrückten Beschluß nicht gelten lassen. Die „Débats“ bedauern, daß man der Minorität Zugeständnisse habe machen müssen, um gewisse Gegnerchaften nicht auf die Spitze zu treiben. Noch viel kräftiger äußert sich der Briand durchaus ergebene Hervé in der „Victoire“. Er schreibt, die starke Minderheit, die sich, wenngleich nicht offen, zum Programm der Friedenskonferenz von Zimmerwald bekannte, bedeute einen schweren Schaden für das Gesamtinteresse der französischen Landesverteidigung.

Paris, 12. April. (Z. U.) Das einzige Blatt, das die Tagung des Nationalrates der sozialistischen Partei bisher bespricht, ist der „Temps“. Er gibt offen zu, daß das Anwachsen der Minderheit in der sozialistischen Partei ihm gefährlich erscheine, und polemisiert gegen die Parteileitung, die zulasse, daß immer wieder über die besonderen Friedensverhandlungen beraten werde, während es doch allein den Regierungen der Entente zukomme, den Frieden zu zittern. Die Zensur sorgte dafür, daß aus dieser Polemik die schärferen Auslassungen gegen den Sozialismus ausgemerzt wurden.

Regelung der Brotverteilung in Frankreich.

Paris, 12. April. (Z. U.) In einer Versammlung der Arbeitergenossenschaft „Einheit und Arbeit“ bereitete der Unterstaatssekretär der Intendantur Thierry seine 700 Zuhörer darauf vor, daß Frankreich demnächst wahrscheinlich gezwungen sein werde, ein Einheitsbrot und wenn nicht die Brotkarte, so doch eine festgesetzte Brotverteilung einzuführen.

Paris, 12. April. (B. Z. W.) Die Senatskommission zum Studium von Höchstpreisen nahm nach Anhörung des Ministers des Innern einen Abänderungsantrag Clementis an, der die Regierung zur Festlegung von Höchstpreisen für die Kriegsdauer und für die Zeit drei Monate nach dem Kriege ermächtigt. Höchstpreise können festgesetzt werden für Zucker, Kaffee, Petroleum, Brennholz, Brennpulver, Kartoffeln, Eier, Milch, Butter, Käse, gewisse grüne Gemüse, Dörrgemüse, Wein, Obstwein, Margarine, Speisefette und Speiseöl.

Vandervelde in London.

London, 12. April. (Z. U.) Wie der „Labour Leader“ mitteilt, hatten Vandervelde und Huysmans, der Vorsitzende und der Generalsekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus, als sie am Freitag vor einer Woche in London waren, eine Unterhaltung mit dem Vorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei, den Herren Ramsay MacDonald, Snowden und Richardson.

Englische Friedensarbeit.

Die dänische Zeitung „Politiken“ vom 5. April schreibt: „Es ist eine Tatsache, daß die Friedensbestrebungen fortwährend an Kraft gewinnen, und dies gilt ganz besonders für England. Die Repräsentanten der unabhängigen Arbeiterpartei im englischen Parlament bekämpfen die Kriegspolitik ebenso lebhaft und bestimmt, wie die sozialdemokratischen Ar-

betterverbände Deutschlands. Männer wie Snowden, Vandervelde, Ramsay MacDonald und Hyles treten lebhaft dafür ein, daß England eine entscheidende Friedenspolitik einschlägt und sofort Friedensverhandlungen beginne.

Vollständig sicher steht es, daß diese englische unabhängige Arbeiterpartei rasch und ständig wächst. Sie hat ihre Anhänger auch in Kreisen außerhalb der Arbeiterschaft, unter anderem in der Geistlichkeit. Zwar ist die Partei augenblicklich im Parlament noch machtlos, aber ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung in England darf ja nicht unterschätzt werden.

In jedem Fall ist die englische unabhängige Arbeiterpartei der Herd einer Friedensbewegung, die auch von der Regierung berücksichtigt werden muß. Der energischen Arbeit dieser Partei ist es zu danken, daß die Zwangswehrpflicht auf die Unverheirateten beschränkt blieb.“ (2)

Russische Pressstimmen über die Fraktionspaltung.

Die führenden Organe der russischen bürgerlichen Presse (eine Arbeiterpresse gibt es zurzeit in Rußland nicht) haben die Spaltung der deutschen Reichstagsfraktion im allgemeinen sehr ruhig angenommen, ohne weitgehende Schlüsse daran zu knüpfen. „Der wahre Grund der „Rezeption“ — schreibt die Petersburger „Metzsch“ — „ergibt sich erst, wenn man dies Ereignis im Zusammenhang mit der Entwicklung der „Kriegsstatistik“ der deutschen Sozialdemokratie betrachtet. . . Die sozialdemokratische Fraktion hat bei Beginn des Krieges die patriotische Einheit des Reichstags nicht gestört. Auch damals gab es in ihrer Mitte Dissidenten, sie unterordneten sich aber der Mehrheit und befolgten das Gebot des Schweigens. In den 20 Kriegsmontaten hat die Minderheit sich allmählich von ihrer Abhängigkeit von der Mehrheit befreit und sich das Recht erkämpft, selbständig aufzutreten. . .“

„Es unterliegt keinem Zweifel“ — fährt das Blatt fort — „daß der Abg. Haase und seine nächsten Gesinnungsfreunde schon am Tage der Kriegserklärung ebenso glühende Friedensfreunde waren, wie heute. Damals jedoch wurden sie von Erwägungen des nationalen und Parteipatriotismus vom „Aufbruch“ zurückgehalten. In der Fraktion herrschte schon damals keine organische Einheit. Allein der äußere Druck war so stark, daß er den Mangel inneren Zusammenhangs durchaus ersichtete. . .“

Das Moskauer Professorenblatt „Ruschija Wje domosti“ widmet der Spaltung einen großen Leitartikel. Ueber das Kräfteverhältnis der beiden Fraktionen äußert sich das Blatt folgendermaßen: „Die in der alten Fraktion verbliebenen Abgeordneten repräsentieren natürlich die Stimmung eines bestimmten Teiles der deutschen Arbeiterklasse. Allein auch den Dissidenten, unter denen sich solche autoritative Namen wie Bernstein, Haase, Ledebour usw. befinden, kann keineswegs nur deshalb, weil sie sich in dieser Fraktion in der Minderheit erwiesen, das Recht abgesprochen werden, als Vertreter des deutschen Proletariats zu gelten. Eine einheitliche sozialdemokratische Fraktion gibt es zurzeit nicht mehr; es gibt nun zwei Gruppen, die in fast allen scharfen Fragen des politischen Augenblicks voneinander abweichen. Welche dieser Gruppen die unter den Kriegsbedingungen herrschenden Anschauungen in der Partei richtiger wiedergibt, entzieht sich der Feststellung. Nur ein Parteitag kann eine solche Frage mit voller Autorität beantworten. . .“

Anscheinend muß der Einfluß beider Gruppen in der Partei für den jetzigen Augenblick einander annähernd gleichgestellt werden. Dieses Kräfteverhältnis wird natürlich nicht unverändert bleiben. In welcher Richtung es sich in der nächsten Zukunft fortbewegen wird, hängt sowohl von den inneren Verhältnissen Deutschlands, namentlich von den Wirtschaftsverhältnissen ab, wie von der internationalen Lage des Reiches. In der letzten Zeit waren diese Verhältnisse im allgemeinen der Linken günstig, und die ganze Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie vom Kriegsausbruch bis zum März 1918 kann charakterisiert werden als ein Prozeß allmählichen Anwachsens und Anwachsens der Opposition gegen die deutsch-imperialistische Strömung, die anfangs auf der ganzen Linie triumphiert hat. . .“

Zur Verabschiedung des russischen Kriegsministers.

Der Petersburger Korrespondent des streng konservativen kleineren Blattes „Rijewljanin“, das sich in den letzten Jahren durch eine gewisse Selbstständigkeit des Urteils auszeichnet, schilderte kürzlich die Umtriebe in den „maßgebenden“ politischen Kreisen der russischen Hauptstadt mit folgenden bitteren Worten:

„Die Fragen der Staatsverwaltung vermengen sich hier mit einem politischen Intrigenwesen; es beginnt eine Liebesdienerei vor jedem Subalternbeamten, wenn dieser in der Lage ist, einen Dienst zu erweisen; der Boden schwankt unter den Füßen. Ringsum sind Dutzende einander hassender Salons, die danach gieren, die Schicksale Rußlands zu bestimmen; von allen Seiten werden Vorschläge erteilt, verbüllte Drohungen ausgesprochen, Mißwirkung und Dienstleistungen offeriert. . .“

In den letzten zwei, drei Monaten — fährt der Korrespondent fort — hat sich die innere Politik in Petersburg in einen Anlauf aus tönenden Worten, zufälligen Verfügungen, phrasenhaften Versprechungen verwandelt. Das Ministerkabinett wurde von den unfähigsten Gerüchten umschwirlt; von irgendwoher tauchten dunkle Persönlichkeiten auf, die sich in Gnaden spendende und Strafen austeilende Olympier verwandelten. . . Korrekte Beamte, Feinde der Liebesdienerei, wurden von plötzlich aufgelauchten Abenteurern verdrängt, die mit demselben Eifer forschungsgenossenschaftliche Veden eröffneten, wie sie informatorische Notizen für die Presse zusammenstellten oder Fabriken und Banken revidierten. Das Chaos wurde noch durch die Tatsache verstärkt, daß jede Grenze zwischen dem Zulässigen und Strafbaren verwischt wurde; niemand wachte, was geschah, wessen Bestimmungen maßgebend seien usw. Im Verlauf von fünf Monaten fanden auf den 23 wichtigsten Posten des Ministeriums des Innern 15 Personenwechsel statt, während von 167 Gouverneuren und Generalgouverneuren 88 gewechselt wurden, wobei in einigen Städten die Spitzen der Verwaltung zweimal monatlich erneuert wurden.“

Die wiedergegebene Schilderung, die offensichtlich aus den Kreisen der alten konservativen Bürokratie kommt, die bei dem jetzigen Regententum in den Regierungskreisen in den Hintergrund gedrängt wird, richtet sich vor allem gegen die Zustände im Ministerium des Innern unter der Leitung des jetzt verabschiedeten Ministers Schostow, der ferdinandprächtigen Blüte im russischen Regierungsjumpf. Allein auch in den anderen Ministerien sind die Verhältnisse nicht viel besser. Ueber den Ressorts stehen die Intrigen und die Einflüsse der verschiedenen politischen „Salons“, in denen die Hof- und Beamtenaristokratie mit Abenteurern, „Wundertättern“, Börsenmännern usw. konspiriert. Die Umtriebe in diesen Kreisen haben zuletzt auch die plötzliche Verabschiedung des Kriegsministers Poliwano w herbeigeführt, über deren wahre Gründe die Öffentlichkeit noch fast völlig im Dunkeln tappt. „Die einen — schreibt das Moskauer liberale Blatt „Ruschija Wje domosti“ — stellen die Verabschiedung General Poliwano w in Verbindung mit den (freundschaftlichen) Beziehungen, die sich zwischen ihm und der Reichsduma herausgebildet hatten, andere weisen auf die Unzufriedenheit hin, die durch die letzten Maßnahmen General Poliwano w im Kreise der Personen hervorgerufen wurde, die an den Geschäften der Putilow-Werke beteiligt sind. Es

heißt, man sei in industriellen Kreisen überhaupt mit den neuen Anschauungen General Poliwano w über die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital unzufrieden gewesen. Schreibt man doch in diesen Kreisen sogar die Erörterung der Frage über Einigungsämter und Regelung der Arbeitslöhne seinem Einflusse zu.“

Diese Mitteilungen des in der Regel gut informierten Blattes ergänzen die Schilderung des politischen Intrigenwesens in Petersburg von einer neuen Seite. Wurde die zuvorkommende Haltung des Kriegsministers gegen die Duma und die gesellschaftlichen Verbände schon längst in den „Salons“ mit scheelen Augen angesehen, so führte offenbar das durch den Aufstand der Putilow-Werke notwendig gewordene Entgegenkommen gegen die Forderungen der Arbeiter den Sturz des Ministers herbei. Sein Abfertigen mit den liberalen Parteiführern konnte noch zur Not hingenommen werden, zumal man die gesellschaftlichen Verbände und ihre liberalen Wortführer „im Interesse der Landesverteidigung“ dringend brauchte. Als aber durch die notwendig gewordenen Maßnahmen zur Beilegung des Streiks der Munitionsarbeiter der Profit bedroht wurde, verbündeten sich die Unternehmer mit den an den Kriegslieferungen interessierten „dunklen Existenzen“, um mit ihrer Hilfe die politische Unzufriedenheit der „Salons“ gegen den Kriegsminister zu mobilisieren. In der Unzufriedenheit der liberalen Presse und den scharfen Worten der Beurteilung, die die Parteiführer dem letzten Ministerwechsel spenden, kommt die Empörung des Bürgertums über das Treiben der unverantwortlichen Kreise deutlich zum Ausdruck. Solange aber das liberale Bürgertum, seine parlamentarischen Wortführer und seine Presse sich lediglich dazu hergeben, den Sumpf der politischen Reaktion und Korruption im Interesse des „Bürgerfriedens“ und des „endgültigen Sieges“ zu mäpfieren, verhalten ihre Entrüstungsrufe ungehört. Gar nicht zu reden davon, daß die „arbeiterfreundlichen“ Mahnungen der liberalen Abgeordneten und ihrer Presse angesichts ihrer Abhängigkeit von den kapitalkräftigen Schichten des Bürgertums nur von politischen Kindsköpfen ernst genommen werden können. (2)

Rücktritt des portugiesischen Ministeriums.

Lissabon, 12. April. (B. Z. W.) Nach Blättermeldungen hat der Ministerpräsident ein Rücktrittsgesuch des ganzen Ministeriums eingereicht.

Das Ergebnis der spanischen Wahlen.

Madrid, 12. April. (B. Z. W.) In den Parlamentswahlen, die am Sonntag stattgefunden haben, sind gewählt oder auf Grund des Artikels 29 des Wahlgesetzes ernannt worden: 235 Liberale, 88 Konserbative, 8 Anhänger Lacierbas, 16 Anhänger Mouras, 10 Reformisten, 8 Jaimisten, 2 Nationalisten, 8 Konjunktionisten, 4 Radikale, 18 Regionalisten, 6 Unabhängige, 8 Katholiken, 4 keine Partei Angehörige. Es stehen noch 16 Resultate aus.

Die Schweiz lehnt die Sommerzeit ab.

Bern, 12. April. (Z. U.) Die Jahrsplan-Konferenz in Schaffhausen beschloß, die Sommerzeit in der Schweiz einstweilen nicht einzuführen, solange nicht außer Deutschland auch von Frankreich die Einführung der Sommerzeit beschlossen ist. Die schweizerischen Delegierten verständigten sich mit den deutschen über verschiedene Jahrsplananschlüsse, wobei sich für die Schweiz mehrere neue gute Verbindungen, besonders über Singen, Schaffhausen und Konstanz am Bodensee ergeben. Bei Basel bleiben die bisherigen Verhältnisse bestehen, da hier keine unmittelbaren Übergänge vorhanden sind.

Ein Protest der tschechischen Sozialdemokratie.

Prag, 10. April. (B. Z. W.) „Prava Lidu“, das Organ der tschechischen Sozialdemokratie, weist entschieden den Versuch zurück, wie er in einem in der Berliner „Internationalen Korrespondenz“ in Uebersetzung veröffentlichten Artikel Karl Berglers im Chicagoer „International Socialist Review“ gemacht wird, den Eindruck zu erwecken, daß er bei seinen gemeinsam mit W. S. J. unternommenen Agitationen zugunsten des Bierverbandes im Namen der tschechischen Sozialdemokraten aufzutreten ermächtigt wäre. Das Blatt fügt hinzu: Der Umstand, daß die Agitatoren des Bierverbandes schon lange vor dem Kriege den genau festgelegten grundsätzlichen programmatischen Standpunkt der tschechischen sozialdemokratischen Partei kannten, zeige, wie unverantwortlich diese Leute die tschechische Sozialdemokratie und das tschechische Volk in der Fremde mißbrauchen.

Zur Orientierung unserer Leser fügen wir hinzu, daß Karl Bergler in dem erwähnten Artikel schrieb, die tschechischen Sozialisten glaubten, daß Oesterreich seine Existenzberechtigung verloren habe. Da die in Europa lebenden Genossen nicht sprechen könnten, hätten sie in der tschechischen Sektion der sozialistischen Partei Amerikas einen Fürsprecher gefunden, der erst kürzlich in einem Manifest einen unabhängigen tschechisch-slawonischen Staat gefordert habe. Der oben wiedergegebene Protest des „Prava Lidu“ richtet sich offenbar gegen die Identifizierung dieser Bestrebungen mit denen der tschechischen Sozialdemokratie. (2)

Die Wirren in China.

Schanghai, 11. April. (B. Z. W.) Das Reutersche Bureau meldet: Die Unabhängigkeit von Tscheking wurde erklärt.

Letzte Nachrichten.

Amsterdam, 12. April. (B. Z. W.) Der „Amsterdamsche Courant“ meldet aus London: Im Unterhause sprach Lord Courtnay gestern über die bevorstehende Wirtschaftskonferenz in Paris und sprach sich energisch dagegen aus, nach Beendigung des Krieges einen wirtschaftlichen Krieg zu beginnen. Er sagte: Gerade der Freihandel hat es uns ermöglicht, diesen Krieg fortzusetzen und andere Länder zu unterstützen. Der Freihandel allein wird den Wohlstand nach dem Friedensschluß wiederherstellen. Lord Courtnay teilte mit, daß Frankreich die Konferenz in Vorschlag gebracht habe, sie werde sich mit laufenden Angelegenheiten beschäftigen und auch über Fragen beraten, die nach dem Kriege zu berücksichtigen sein werden. Unter den laufenden Angelegenheiten sei zu verstehen das Verbot, mit dem Feinde Handel zu treiben, und eine Regelung der Ausfuhrverbotessagen, um die Verluste der Alliierten soviel wie möglich einzuschränken. Zu den Fragen, die nach dem Kriege zu lösen sein werden, gehöre die Wiederherstellung des Handels zwischen den Alliierten und Garantien für ihre zukünftige wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Delegierten hätten den Auftrag, Augen und Ohren offen zu halten, die ihnen vorgelegten Probleme zu prüfen, aber keine Beschlüsse darüber zu fassen. Lord Courtnay lehnte sich gegen den Versuch, in die zukünftige Handelspolitik wieder Vergeltungsmaßnahmen hineinzutragen; aber es werde, um größere Gefahren abzuwenden, vielleicht doch notwendig sein, in Deutschland keine Bestellung mehr zu machen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulage der Ristenmacher.

Vor einiger Zeit erzielten die Ristenmacher durch ihr einiges Vorgehen in fast allen Betrieben eine Teuerungszulage von 10 Proz. Da seit Bewilligung dieser Zulage die Preise der Lebensmittel wieder bedeutend gestiegen sind und fortgesetzt weiter steigen, so beschloß die Branchenversammlung der Ristenmacher am Dienstag, eine weitere Teuerungszulage von 10 Proz. zu fordern. Jedem der 60 bis 70 Ristenfabrikanten soll die Kommission ein Schreiben zu stellen, worin die Fabrikanten erwidert werden, vom 1. Mai ab zu den jetzigen Löhnen einen Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen. — Es wird erwartet, daß diese in Rücksicht auf die gegenwärtigen Teuerungszulagen immer noch mäßige Forderung ohne Schwierigkeit durchgeführt werden kann.

Deutsches Reich.

Teuerungszulagen für Landarbeiter.

Am Anfang des Jahres 1915 richtete die Gauleitung Magdeburg des Landarbeiterverbandes an alle Ortsgruppen des Landes ein Rundschreiben, in welchem gebeten wurde, Angaben zu machen, ob und in welcher Höhe die einzelnen Arbeitgeber vielleicht schon aus eigenem Antrieb Teuerungszulagen gegeben haben. Gleichzeitig erbot sich die Gauleitung, den Kollegen bei Eingaben betr. Teuerungszulage beihilflich zu sein. Nur 31 Gruppen von 80 gaben hierauf Antwort. Davon hatten in drei Gruppen die Arbeitgeber Zulagen von 1 bis 2 M. gegeben. Aus zwei Gruppen kam die Nachricht, daß die Kollegen zu ängstlich seien, um Teuerungszulagen zu fordern. In den übrigen 28 Gruppen wurden mit Hilfe der Gauleitung Eingaben an die Gutsbesitzer gemacht. Insgesamt wurden in diesen 28 Gruppen an 184 Gutsbesitzer und Bauern, bei welchen 489 organisierte und 221 unorganisierte Kollegen tätig waren, Eingaben um Teuerungszulagen gerichtet.

Auf Grund dieser Eingaben wurde erreicht: in einer Gruppe pro Mann und Woche 0,80 M. Zulage, in vier Gruppen 1 M., in einer Gruppe 1,10 M., in zwei Gruppen 1,25 M., in acht Gruppen 1,50 M., in fünf Gruppen 2 M., in einer Gruppe 3 M. und in einer Gruppe 3,50 M. Zulage pro Mann und Woche. In drei Gruppen gaben die Arbeitgeber keine Antwort auf die Eingabe und natürlich erst recht keine Zulage. Die Gesamtsumme, welche diese 600 Mitglieder des Landarbeiterverbandes pro Woche als Teuerungszulage erhalten, beträgt 1156,05 M.

Ausland.

Die Bäcker und Konditoren in Kopenhagen haben mit dem 1. April dieses Jahres eine Lohnerhöhung von 4 Kronen (das sind 4,60 M. in Friedenszeiten) für die niedrigeren und 3,50 Kronen für die höheren Löhne durchgesetzt. Die Unternehmer haben sich erst ablehnend verhalten. Da die Bäcker für den 4. April einen Streik anhängigten, griff der staatlich angestellte Obmann ein und brachte eine Einigung zwischen den streitenden Parteien zustande. Die Löhne der Kopenhagener Bäcker sind infolge ihrer guten Organisation recht erfreulich. So erhalten die am schlechtesten bezahlten Konditoren 31—33,50 Kronen die Woche, nach unserem Gelde durchschnittlich 88 Mark bei 63stündiger Arbeitszeit in der Woche, jede Ueberstunde wird mit 90 Pf. vergütet. Die Fein- und Kuchenbäcker erhalten bei wöchentlich 60stündiger Arbeitszeit in der Woche 82 bis 86,50 Kronen (86—41 Mark). Die Bäcker in den Brotfabriken arbeiten 48 Stunden in der Woche bei einem Lohn von 89—87,50 Kronen (86—42,75 Mark). In die Arbeitszeit fällt täglich eine Essens- und Ruhepause von einer Stunde. — Die vielen Bäcker, die in Deutschland dem Organisationsgedanken noch fremd oder gar

feindsch gegenübersehen, sollten sich an den Kopenhagener Bäckern ein Beispiel nehmen.

Aus der Partei.

Zur Fraktionspaltung und „Vorwärts“-Zensur.

In der erweiterten Vorstandssitzung des sozialdemokratischen Vereins für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis wurden folgende Resolutionen angenommen:

Die heute tagende erweiterte Vorstandssitzung erklärt sich mit der in der Sitzung vom 31. März 1916 des Zentralvorstandes angenommenen Resolution vollinhaltlich einverstanden.

Die erweiterte Vorstandssitzung legt gegen die Maßnahmen des Parteivorstandes gegen die „Vorwärts“-Redaktion entschiedenen Protest ein. Sie erwartet, daß in Zukunft der Parteivorstand die Instanzen, die die Groß-Berliner Genossen geschaffen, respektiert und deren Beschlüssen Rechnung trägt.

Der erste Teil der Resolution wurde mit 43 gegen 20, der zweite mit 43 gegen 18 Stimmen angenommen.

Am vergangenen Sonntag fand in Vorna eine Konferenz der Funktionäre der sozialdemokratischen Kreisorganisation für den 14. sächsischen Reichstagswahlkreis statt, die nach einer ausgedehnten Debatte folgende Entschlüsse annahm:

Die am 9. April 1916 in Vorna tagende Konferenz der Vertrauensleute des 14. Reichstagswahlkreises erachtet, nachdem die Genossen Scheidemann und Ebert im Reichstage am 5. und 6. April das Festhalten an der Politik des 4. August 1914 ausdrücklich unterstrichen haben, es für zwingend notwendig, der Mehrheitspolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entgegenzutreten.

Die Konferenz hält die Ablehnung des Notetats für eine durch die Grundzüge der Sozialdemokratie wie durch die gegenwärtige politische Lage unbedingt gebotene Maßnahme und erachtet das Vorgehen des Genossen Saale und der mit ihm gehenden 17 Abgeordneten durch die Situation für gerechtfertigt.

Sie betrachtet die neue Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als die berufene parlamentarische Vertretung der Linken der Partei und fordert die Mitglieder der Fraktion, die für die Ablehnung der Kriegskredite sind, ohne bisher im Plenum gegen sie gestimmt zu haben, auf, sich der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen.

Welche Konsequenzen die Partei aus den Vorgängen des 24. März zu ziehen hat, wird der Parteitag zu entscheiden haben, der nach dem Kriege beziehungsweise nach Herstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit stattfinden muß.

Der erste Abtag der Entschlüsse wurde mit 18 gegen 6, der zweite mit 16 gegen 8, der dritte mit 14 gegen 7 und der letzte einstimmig angenommen.

Alle Redner betonten, daß es notwendig sei, die Einheit und Geschlossenheit der Partei unter allen Umständen hochzuhalten.

Zur Abstimmung in der U-Boot-Frage.

Neuer die verschiedenartige Auffassung und Abstimmung in der U-Boot-Frage, auch in Kreisen der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit, berührt die „Leipziger Volkszeitung“ folgendes:

„So wie bei der Rede des Genossen Saale Angehörige der alten Fraktion sich nicht abhalten ließen, ihrer Uebereinstimmung mit dem Redner der neuen Fraktion offen Ausdruck zu geben, so geschah das teils auch bei der Abstimmung über die U-Boot-Resolutionen. Die Minderheit der alten Fraktion entfernte sich fast vollständig vorher aus dem Saale. Verschiedene Genossen aber, wie Anfel-Leipzig, Edmund Fischer, Reichhaus u. a. blieben mit den Genossen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bei der Ab-

stimmung über die Kompromiß-U-Boot-Resolution im Saale auf ihren Plätzen sitzen und stimmten so gegen die Resolution. Der Genosse Edmund Fischer stimmte auch mit positiv für die Resolution Bernstein und Genossen gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg. Die alte Fraktion kann also wieder ein Regergesicht über neue „Disziplinbrecher“ abhalten, wenn sie Lust dazu verspürt. An der letzteren dürfte es in diesem Falle allerdings wohl fehlen. Angehörige der Mehrheit erzählen nämlich, daß sie selber eigentlich nicht einverstanden seien mit der Zustimmung zu der Kompromiß-U-Boot-Resolution und nur, um die Genossen Ebert und Scheidemann, die sie mit zusammengebrochen haben, zu beden, schließlich dafür gestimmt haben; aber einzelne der Rechten, wie der Genosse Landsberg, haben selbst das nicht getan, sondern haben sich vor der Abstimmung ebenfalls absichtlich aus dem Saale entfernt. Die Krise in der alten Fraktion ist durchaus noch nicht beendet.“

Die Königsberger Parteileitung gegen die „Volkszeitung“.

Parteileitung und Pressekommission haben in gemeinschaftlicher Sitzung mit allen gegen die Stimmen von zwei Redakteuren folgenden Beschluß gefaßt:

Parteileitung und Pressekommission sind nicht einverstanden mit der Stellungnahme des Genossen Markwald in der „Königsberger Volkszeitung“ zur Fraktionspaltung. Sie sind grundsätzlich derselben Ansicht, wie sie in der Resolution der Funktionäre zum Ausdruck gekommen ist, und beurteilen insbesondere die einseitige Befangenheit Markwalds bei Vertretung seines von der Mehrheit der Königsberger Parteigenossen abweichenden Standpunktes, der sich in vielfach unrichtigen tatsächlichen Angaben, irrigen und irreführenden Behauptungen, nicht gerechtfertigter Beurteilung der beiden Parteirichtungen und bedauerlicher Unentschiedenheit in wichtigen Streitpunkten befindet.

Darauf entgegnet Genosse Markwald:

Die „unrichtigen tatsächlichen Angaben“ sind folgende: Im „Notetat“ fehlt Militär- und Flottenetat. Deshalb hatte ich angenommen, es seien überhaupt keine Militär- und Flottenausgaben im „Notetat“ vorgezogen. Es sind aber einige militärische Bauten durch den „Notetat“ bewilligt worden.

Falsch war ich weiter darüber informiert, daß im Dezember 1914 und später die Mitgliedsversammlungen des Fraktionsvorstandes gegen den Genossen Liebschütz mit Zustimmung der Minderheit beschlossen worden seien, tatsächlich hat eine Minderheit dagegen gestimmt.

Die „bedauerliche Unentschiedenheit“ in wichtigen Streitpunkten liegt darin, daß ich bei schwierigen Entschlüssen das Für und Wider gelten lasse.

Die Einheit und die Einheit der Arbeiterbewegung sind mir wichtiger wie das Ausdiesigeltreiben von „Streitpunkten“.

Der erste sozialdemokratische Bezirksrat in Baden

Er ist jetzt in der Person des Vizepräsidenten der Zweiten Kammer und Stadtrats Genossen Anton Geiß in Mannheim ernannt worden. Im September 1914 wurde Geiß zum Ersatzmann im Mannheimer Bezirksrat für ein beim Deere befindliches Mitglieds bestimmt. Nunmehr ist er endgültig bis 1. April 1918 an Stelle des verstorbenen ersten Rechtsanwalts Darmstädter als Bezirksrat gewählt. Dieser Vorgang ist um deswillen symptomatisch, weil noch im Februar 1914 Minister v. Eobman in der Zweiten Kammer erklärte, er könne Sozialdemokraten als Bezirksräte nicht bestätigen, weil die Sozialdemokratie des Gemeinfinns entbehrte.

Genosse Erich Kuttner, Mitglied der Redaktion der Chemnitzer „Volksstimme“, wurde am 2. April bei einem Sturmangriff westlich Douaumont durch Gendarmen in den rechten Oberarm ernsthaft verletzt. Der Arm ist zurzeit gelähmt, doch besteht keine Lebensgefahr und Aussicht auf volle Wiederherstellung.

A. WERTHEIM

Kolonialwaren

- Maisgrieß Pfund 1.15
- Maismehl Pfund 1.25
- Speisebackpuder ... Pfund 1.25
- Gerstengrütze Pfund 1.20
- Gemischt Backobst Pfd 1.40 1.65
- Kaliforn. Ringäpfel . . Pfund 1.85
- Bosnische Pflaumen Pfund 1.50
- Saure Kirschen Pfund 1.45
- Feigen Pfund 60 Pf.
- Getrocknete Steinpilze Pfund 4.50
- Getrockneter Weißkohl Pfund 2.50
- Getrockneter Grünkohl Pfund 2.50

Gemüse

- Verkauft Donnerstag, solange Vorrat!**
- Kohlrüben gelbe 5 Pf., ausländische 9 Pf.
- Rotkohl ausländischer . Pfund 55 Pf.
- Wirsingkohl ausländischer Pfd. 40 Pf.
- Rote Rüben Pfund 10 Pf.
- Zwiebeln ausländische Pfund 35 Pf.
- Spinat Pfund 30 Pf.
- Spruttenkohl Pfund 25 Pf.
- Salat Kopf 7 u. 9 Pf.
- Radieschen 3 Bund 25 Pf.
- Gr. Dauer-Maronen Pfund 48 Pf.
- Schwarzwurzeln ... Pfund 25 Pf.
- Schnittlauch Topf 25 Pf.
- Waldmeister 3 Bund 25 Pf.

Obst

- Boskop-Aepfel . . Pfund 50 60 Pf.
- Kochäpfel Pfund 35 Pf.
- Apfelsinen Dt. 1.20 1.50 1.80
- Zitronen Dutzend 45 60 70 Pf.
- Kranzfeigen Pfund 90 Pf.
- Dalkateifeigen Pfund 1.10
- Datteln Pfund 95 Pf. 1.30

Fische

- Grüne Heringe. Pfund 55 Pf.
- Sohellfische ... Pfund 80 u. 90 Pf.
- Kabliau L.ganz.Fischen,ohn Kopf 78 Pf.
- Schollen Pfund 50 u. 60 Pf.
- Seehasen. Stück 50 u. 60 Pf.
- Getrocknete Klippfische in ganzen Fischen Pfund 70 Pf.
- Seemuscheln Pfd. 45 Pf. 10 Pfd. 85 Pf.
- Eis-Aale } nur Pfund 1.50
- Frische Barsche } Leipzig, Str. 60 u. 80 Pf.
- Lebende Karpfen ... Pfund 1.30
- Lebende AländerSomm.-Karpf. 1.45

Lebende Aale, Frische Plötzen

(Verkauf Freitag, Leipziger Str.)

Marmelade

- leicht gefärbt - Verkauf am Butterlager
- Gemischte Marmelade Pfd. 50 Pf.
- Orange-Marmelade . Pfund 90 Pf.
- Erdbeer-Marmelade . Pfund 95 Pf.
- Aprikosen-Marmelade Pfd. 95 Pf.
- Pflaumenmus Pfund 80 Pf.

Vorrat in 25 Pfd. und 50 Pfd.-Eimern. Pfund 5 Pf. Ermäßigung.

Kunst-Honig Pfund 50 Pf.

Käse

- ausländ.
- Emmenthal, Sokwoizer Käse Pfd. 2.40
- Holländer u. Edamer Käse
- i. ganz. Leihen u. Kugeln Pfd 2 M. b. 2.40
- Alter Edamer Käse in ganz. u. halben Kugeln Pfd. 1.80 im Ausschnitt Pfd. 2 M.

Leuka-Trocken-Vollmilch

1/2-Pfund-Paket 2 M.

Zahme Kaninchen

Pfund 2.10

Feine Holländer Vollheringe

Fäßchen 32—40 Stck. 12 M.

Vorzüglicher Brot-Aufstrich

1/2 Pfund 1.10

Geflügel

(Verkauft Donnerstag und Sonnabends)

- Gänse .. Pfund 2.80 u. 3.40
- Hühner .. Pfund 2.70 u. 2.90
- Enten ... Pfund 2.50 u. 2.80
- Schneehühner Stück 2.30 u. 2.45
- Norwegische Aken Stück. von 1.50 an
- Tauben Landeter
- Kiebitzeier Stück 50 Pf.

Räucherwaren

- Pomm. Sprotten Pfund 96 Pf. 1.10
- Kieler Bücklinge Pfd. 1.50
- Sprottbücklinge Pfund 1.10
- Kieler Schleibücklinge Stck 20 Pf.
- Lachsheringe. Stück 40 Pf.
- Geräuch.Lachs 1/2 Pfd. 1.25 1/4 Pfd. 4.50
- Fischölze Dose ca. 4 Liter 4.80
- Rollmops. Dose ca. 4 Liter 5.50
- Herlage l. Golea Dose ca. 5.60 1/2 Pfd. 50 Pf.
- Muscheln l. Golea Dose ca. 4.50 1/2 Pfd. 40 Pf.
- Anchovis Dose ca. 4 Liter 4.50 1/2 Pfd. 40 Pf.
- Bismarckheringe Dos. ca. 4 Ltr. 5.50
- Salzgurken Dose ca. 4 und 8 Liter 3.50 u. 7 M.
- Salzgurken 10 Stück 70 Pf.
- Gewürz-Gurken Pfd. 80 10 Pfd. 70 Pf.
- Schwäb. Gewürz-Gurken Dose ca. 4 Liter 4.50
- Strals. Bratheringe Dose ca. 8 Liter 8.25
- Dose ca. 4 Liter 5 M. Dose ca. 2 Liter 2.60
- Sardellen ... Pfund 1.20 u. 1.90
- Kaviar-Ersatz (leicht gefärbt) 1/2 Pfund 1.30
- Nordsee-Krabben ... Pfund 1 M.
- Essig-Gemüse (Mixed Pickles) Pfund 1 M. 3 Liter 4.25

Wein

Moselwein

- pr. 1/2 Fl. bei 10 Fl.
- Obermoseler 72 70 Pf.
- 1912 Kinheimer 92 90 Pf.
- 1911 Langsurer ... 1.05 1 M.
- 1912 Graacher 1.15 1.10
- 1911 Merler 1.25 1.20
- 1912 Bernkasteler Schwan 1.55 1.50
- 1911 Gröber Steffensberg 1.70 1.65
- 1907 Zellinger Schloßberg 2.10 2.05

Rheinwein

- pr. 1/2 Fl. bei 10 Fl.
- 1912 Dürkheimer ... 72 70 Pf.
- 1912 Maikammerer . . 92 90 Pf.
- 1912 Gaubilsheimer ... 1.05 1 M.
- 1912 Eltviller 1.35 1.30
- 1910 Winkeler Stollacker 1.45 1.40
- 1909 Erbacher Steinmorgen 1.80 1.75
- 1911 Oppenheimer Goldberg 2.10 2.05
- 1909 Raderheimer Gessel 2.40 2.35
- Frucht-Schaumwein
- „Cabinet-Gold“ 1.50 1.40

Roter Tischwein

- pr. 1/2 Fl. bei 10 Fl.
- Dürkheimer Rotwein 1.40 1.35
- 1913 Chät. Calmette 1.35 1.30
- Montagna | Spanischer 1.65 1.60
- Santa Rosa | Rotwein 1.90 1.85

Südwein

- pr. 1/2 Fl. bei 10 Fl.
- Vinhô do Portugal . . 2.40 2.35
- Fein alt Tarragona . . 2 M. 1.90
- Alter Douro-Portwein 2.50 2.40
- Insel Madeira 2.75 2.70

Deutscher Schaumwein

- „Mignon Kupfer“ . . . 2.70 2.65

Liköre „Erlenwein“

- pr. 1/2 Fl. bei 10 Fl.
- Cherry-Brandy pr. 1/2 Fl. pr. 1/2 Fl. 3.25 1.90
- Curaçao 6 M. 3.25 1.90
- Pfefferminz . . . 6 M. 3.25 1.90
- Schokoladen-Ordnal 5.50 — —
- Prunelle ... 6.50 3.75 2 M.
- Deutsches Porter-Bier 55 50 Pf.

Sonntag vor Ostern sind unsere Geschäftshäuser von 1 Uhr an geöffnet.

Nochmals zur Abwehr.

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat meinem Artikel „Zur Abwehr“ in der letzten Dienstadtsumme wiederum allerlei Gegenbemerkungen angehängt. Soweit diese nur ein Hin- und Hergerede enthalten, hat es keinen Zweck, darauf nochmals mit langen Auseinandersetzungen zu antworten. Ich möchte nur kurz folgende Tatsachen feststellen.

1. Die Redaktion giebt jetzt zu, daß die Protesterklärung gegen die Kreditabstimmung am 4. August 1914 schon am Nachmittag dieses Tages von mir in die Redaktion gebracht worden ist, von mir also unter ganz anderen Umständen formuliert worden ist, als sie später nach Englands Eingreifen in die Kriegslage bestanden. Wann die Erklärung schließlich an den Parteivorstand abgeschickt worden ist, weiß ich nicht. Es ist auch nach meiner Meinung unentscheidlich.

Ueber den Inhalt der betreffenden Erklärung laufen die sonderbarsten Gerüchte um. Ich kann jederzeit nachweisen, daß sie nichts anderes enthält, als die Mitteilung, die Redaktion vermöge nicht zu billigen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht nur für die Gesetzentwürfe betreffend die Verringerung des Bank- und Münzgesetzes, das Darlehensklassengesetz, die Zahlungsfristverlängerung usw. gestimmt habe, sondern auch für die direkt zum Zweck der Kriegsführung verlangten Kredite.

2. Während die Redaktion noch in ihrem Sonntagsartikel von dem „Boden der Anschauungen der Gesamtedaktion“ sprach, gibt sie jetzt selbst zu, daß zwei oder drei Redakteure mit der oben erwähnten Erklärung nicht einverstanden waren und auch später noch gewisse „Nuancierungen“ sonst gleicher Anschauungen“ bestanden. Die Redaktion faßt hier den Begriff „Nuancierungen“ recht weit. Ganz begreiflich, sind doch für sie auch die Gegenläufe in der Minderheit zwischen Vorward und Haase, Mehring und Kautsky nur bloße Nuancierungen. Wie weit diese Nuancierungen in den Monaten August bis Oktober innerhalb der Redaktion gingen, lehrt ja ein einfacher Vergleich der damals im „Vorwärts“ erschienenen Artikel.

3. Samt der Redaktion oder den einzelnen Redaktionskollegen der Gegenstand unserer Auffassungen mehr oder minder deutlich zum Bewußtsein gekommen ist, vermag ich natürlich nicht zu beurteilen. Nach der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts“ soll ich nur bis Mitte Oktober 1914 mit den Ansichten der Redaktion einverstanden gewesen sein, nach der Dienstadtsumme will sie erst weit später meine gegenwärtige Meinungsbänderung erkannt haben. Möglich ist ja, daß sie in den abweichenden Auffassungen zunächst auch nur gewisse Nuancierungen gesehen hat.

4. Nachdem am Sonntag noch die Redaktion des „Vorwärts“ behauptet hatte, daß mir nur in einem oder höchstens zwei Fällen Artikel zurückgeschickt worden wären, gibt sie nun zu, daß es vier gewesen sind. Dafür aber haben inzwischen die Gründe ihrer Ablehnung gewechselt. Nach der Motivierung vom Sonntag sind mir die Arbeiten zurückgegeben worden, weil „die Gesamtedaktion sie nicht glaubte verantworten zu können“, nach der Aussage vom letzten Dienstag sind sie auch wegen „Raummangels, Behandlung einer bereits erörterten Frage usw.“ zurückgewiesen worden. Durchaus glaubhaft, denn beim „Vorwärts“ stellt sich ja oft Raummangel ein, wenn ihm ein Artikel nicht paßt (siehe den Fall Braun-Ströbel).

5. Also der Osterartikel ist abgelehnt worden, weil nicht bloß die angezogene Stelle, sondern der ganze Artikel bei der Redaktion Anstoß erregt hat. Demgegenüber möchte ich nur konstatieren, daß beim jetzigen leitenden Redakteur der Artikel zunächst so wenig Anstoß erregt hat, daß er ihn ruhig zum Abgeben in die Druckerei gegeben hat, erst später, nachdem die Arbeit bereits gescheit war, sondern einige Redakteure (vielleicht war es auch nur einer), so ein Artikel dürfe nicht aufgenommen werden.

Gerne bin ich bereit, der Redaktion den betreffenden Artikel nochmals vorzulegen, wenn sie erstens verspricht, diejenigen Stellen anzugeben, die noch außer den genannten Sätzen ihren Unwillen erregt haben und täglich ähnlich in der „Post“ und in der „Deutschen Tageszeitung“ zu finden sind, und wenn sie zweitens zusagt, diese Stellen im vollen Umfange im „Vorwärts“ zu veröffentlichen, damit allen Parteigenossen Gelegenheit gegeben wird, selbst nachzuprüfen, ob tatsächlich, wie die Redaktion behauptet, durch die Aufnahme dieses Artikels „der letzte Rest des Unterschiedes zwischen einem sozialistischen und bürgerlichen Blatt ausgelöscht“ worden wäre.

Solche Gelegenheit, den Genossen zu zeigen, wie nahe ich schon bei der „Post“ oder der „Deutschen Tageszeitung“ angelangt bin, sollte sich die Redaktion doch nicht entgehen lassen.

Heinrich Cunow.

Wir verzichten auf eine Beantwortung dieser Ausführungen, die sich vergeblich bemühen, unsere am Sonntag und Dienstag veröffentlichten klaren Feststellungen zu verwischen.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Noch ein Bannfluch

gegen den „Vorwärts“ und die Berliner.

An dem großangelegten Kesseltreiben, das seit etwa 1 1/2 Jahren gegen den „Vorwärts“ veranstaltet wird, beteiligen sich natürlich jetzt mit Inbrunst alle dem Parteivorstand treu ergebenen Federn. Wo Cunow, Roersch, Gaenisch und andere ins Siffhorn stoßen, da muß auch Heinrich Schulz seine Joadiantare ertönen lassen. Der Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses unserer Partei, einstmalig der eifrigste Prophet einer entbehrten proletarischen Wissenschaft und Bildungsarbeit, hat bekanntlich das Unlernen mit ebenso großer Schnelligkeit wie pädagogischer Gründlichkeit fertig gebracht. Genosse Heinrich Schulz schreibt jetzt in seiner Leitartikel-Korrespondenz, die er in Gemeinschaft mit Cunow, Leusch und Winnig herausgibt, einen Artikel über „Die Sarung in der Partei“. Was er darin über den „Vorwärts“ sagt, ist nicht neu und entspricht ganz den Gedankengängen, die der Parteivorstand in seinem Vorgehen gegen uns entwickelt hat. Wir legen daher die Angriffe, die Schulz gegen uns richtet, mit einem Achselzucken zu dem übrigen. Genosse Heinrich Schulz langelt aber auch die Berliner Genossen in einer Weise ab, die niedriger gehängt und zurückgewiesen werden muß. Er schreibt nämlich:

„Roma locuta — Rom hat gesprochen, die Sache ist zu Ende. So lautet das Nachwort des herrschsüchtigen Papsttums nach der Formulierung des eifernden Scholastikers Augustinus. Selbst wenn Berlin heute für die deutsche Sozialdemokratie wäre,

was Rom damals für die christliche Welt bedeutete — glücklicherweise ist es nicht so, eher umgekehrt —, so wäre die Sache mit dem rechtsaberrischen Beschluß des Berliner Parteivorstandes doch nicht zu Ende. Im Gegenteil. Über beginnt damit ein neues ernstes Kapitel der Parteigerwürfnisse, das den allgemeinen Zweifeln erheblich zu betriebe geeignet ist.

Die Berliner haben zur Spaltung der Reichstagsfraktion Stellung genommen. Das ist ihr gutes Recht. Aber wie sie es getan haben, läßt leider ungewandigt erkennen, daß weder der gute Wille noch überhaupt das Vermögen bei den Berlinern vorhanden ist, die Fraktionspaltung in ihren eigentlichen Ursachen zu beurteilen und sachlich zu würdigen. Die Berliner sind schnell fertig mit ihrem Urteil. Gegenstände hören sie nicht an: die Fraktionsmehrheit hat unrecht, der Parteivorstand hat unrecht, der Parteiausflug hat unrecht, überhaupt alle haben unrecht, die die Reichstagspolitik nicht bis in den Grund hinein verdommen; nur die Disziplinäre allein haben edel, sozialistisch und nachahmenswert gehandelt, mag auch die Partei darüber zum Teufel gehen — Roma locuta! Kein Wunder, daß die Berliner so urteilen. Eher muß man schon darüber erstaunen, daß die Verdammungsresolution nur mit 88 gegen 20 Stimmen angenommen worden ist, zumal obendrein die radikale Mehrheit des Berliner Parteivorstandes die Damentuschrauben einer namentlichen Abstimmung nebst Veröffentlichung der Abstimmungslisten über die Reinsager verhängte. Man muß bedenken, daß die Berliner Arbeiter seit Kriegsausbruch nur den „Vorwärts“ zu Gesicht bekommen haben, und man wird die Haltung des Parteivorstandes ohne weiteres begreifen. Wohl sieht der „Vorwärts“ seit dem Tage der Fraktionspaltung überaus heroische Bedürfnisse, andere Leute zur sachlichen und einigenden Erörterung der Parteigenossen aufzufordern. Bis zu jenem Tage aber hat der „Vorwärts“ lediglich die Ansichten der Fraktionsminderheit vertreten, und zwar in einer Weise, die von allen möglichen Beweggründen geleitet sein mochte, nur nicht von dem Bestreben, auch die Fraktionsmehrheit zu verstehen und ihr gerecht zu werden, geschweige die Einheit der Partei und ihrer Aktionen in jedem Falle aufrechtzuerhalten. Die ungeschicklichen Kompromisse, eine verbitternde und irreführende Darstellung der Parteivorgänge im In- und Ausland, die verletzenden Angriffe auf die Parteiführerschaften, die während des Krieges zu politischen Handlungen berufen waren, auf die Reichstagsfraktion, auf Parteivorstand und Parteiausflug — waren ihm gerade recht. Das Vertrauen der Arbeiter auf diese Parteiführerschaften wurde planmäßig untergraben, obwohl dem „Vorwärts“ immer wieder von berufener Seite klargestellt wurde, daß sein Verhalten schließlich zur ärgsten Parteiserüttung und zur Spaltung, vor allen Dingen aber auch zur Schwächung der Partei bei der Vertretung der Interessen der deutschen Arbeiter in und nach dem Kriege führen müsse. Jetzt, da die ungeliebte Saat einer solchen Zerrüttungspolitk aufgegangen ist und üppig in die Halme schießt, jetzt wird der „Vorwärts“ plötzlich zum salbungsvollen Prediger liebevoller Sachlichkeit und parteierhaltender Einigkeit. Jetzt hält er, der „Vorwärts“, sich für berufen, die Würde der Partei gegen die ungeschicklichen und unbedingten Veröffentlichungen von Parteivorstand, Parteiausflug und Reichstagsfraktion zu schützen! Es wäre zum Lachen, wenn die Sache selber nicht zu ernst wäre.

Zugleich aber handelt der „Vorwärts“ selber nicht nach seiner eigenen Meinung. Seit der Fraktionspaltung gibt er sich ganz so, als ob die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ die Partei und nicht eine aus Disziplinbruch geborene Sondervereinigung wäre. Aufseher des Parteivorstandes müssen sich mühsam den ihnen zutreffenden Platz erkämpfen und erhalten gleich hinterher eine herabsetzende Glossierung durch die Redaktion. Jede noch so unwichtige Neuierung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ und anderer Minderheitsvertreter aber werden mit Eifer und in hervorhebender Weise veröffentlicht. Was Wunder also, wenn die Berliner Arbeiter allmählich auf einen Weg geraten sind, der geradezu auf die Parteispaltung hinarbeitet!

Genosse Heinrich Schulz schleudert den Berliner Genossen sein Verdammungsurteil ins Gesicht, um sie bei den Genossen der Provinz zu diskreditieren. Er tut dies, obwohl er weiß, oder doch wissen sollte, daß wohl in keiner Parteiführerschaft des Reiches die Meinung der Mehrheit wie die der Minderheit so ausgiebig den Genossen zur Kenntnis gebracht worden ist wie im Berliner Parteivorstand. Genosse Schulz behauptet dreist und gottesfürchtig, „Gegenstände hören die Berliner nicht an“. Dabei haben im Berliner Parteivorstand Scheidemann, Heine, David, Leusch, Robert Schmidt in stundenlangen Vorträgen ihre Anschauungen entwickeln können und sind ebenso ruhig angehört worden, wie die Korreferenten der Minderheit. Nur äußere Gründe waren die Ursache, daß nicht auch Heinrich Schulz im Parteivorstand seinen geplanten Vortrag halten konnte, der sicherlich ebenso aufmerksam angehört worden wäre wie die der anderen Mehrheitsredner. Im Berliner Parteivorstand ist Genosse Richard Fischer, ein gewiß geschickter, zungengewandter und temperamentvoller Vertreter der Reichspolitik mehr als ein dutzendmal im Laufe der Kriegszeit zu Worte gekommen. Außerdem haben die drei Genossen, die den geschäftsführenden Ausschuss der Groß-Berliner Organisierten bilden und im Parteivorstand die Leitung haben, aus ihrem Bekenntnis zur Reichspolitik kein Gebl gemacht und ihre Anschauungen, der eine mehr, der andere weniger klar, offen und entschieden zur Geltung gebracht.

Wir wollen dabei gar nicht davon reden, daß in den meisten, großen wie kleinen, Parteiorganisationen Berlins Vertreter der Mehrheit ebensosehr zu Worte gekommen sind, wie solche der Minderheit. Genosse Heinrich Schulz und seine Mitkämpfer sollen uns erst einmal nachweisen, daß z. B. in Hamburg, in Chemnitz, in Stuttgart, in Dortmund und anderen Parteiorienten Deutschlands Vertreter der Minderheit überhaupt oder in annähernd gleichem Umfange wie in Berlin die Vertreter der Mehrheit ihren Standpunkt vertreten konnten.

Das festzustellen halten wir für ein Gebot der Gerechtigkeit, das zu erfüllen wir den angegriffenen und geschmähten Berliner Genossen schuldig sind.

Wie Heinrich Schulz und seine Kampfgenossen mit solchen Mitteln die Einheit der Partei zu wahren meinen, ist uns unersichtlich.

Es sind sonderbare Heilige, diese Tempelhüter der Parteeinheit.

Die Kriegsgewinnsteuer

vor der Budgetkommission des Reichstags.

Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt bei der Gestaltung der Steuerfrage. Abg. Stolten spricht zu der Skala der Vorlage, die als eine direkte Besteuerung der Kriegsgewinne nicht bezeichnet werden könne. Von den Gewinnen muß allerdings ein Teil

unangekannt bleiben, der nötig ist zur Ueberleitung der Betriebe in den Friedenszustand. Diesen Bruchteil hat die Regierung aber zu hoch angenommen. Das Volk erwartet, daß hier schon zugriffen wird; deshalb muß über die vorgeschlagenen Sätze erheblich hinausgegangen werden. Redner begründet nun die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Skala. Die Masse derer, die Kriegsgewinne gemacht haben, ist in den unteren und mittleren Stufen zu suchen. Dort dürfte man auch jene Elemente finden, die ihre Gewinne auf unläuterer Weise gemacht haben.

Staatssekretär Helfferich: Die Annäherung an 50 Proz. ist die äußerste Grenze, bis zu der man gehen kann. Wenn England höhere Sätze erhebt, so ist dort der Kreis der Steuerpflichtigen enger gezogen, außerdem findet dort keine Doppelbesteuerung statt. Redner konstruiert nun eine Reihe von Beispielen, um zu beweisen, daß in manchen Fällen eine Belastung bis zu 70 Proz. eintritt. In England ist die höchste Belastung, die aber nur ganz enorme Gewinne trifft, etwa 67 Proz.

Dem Abg. Liesching (Fortschr.) ist der Vorschlag der Sozialdemokraten zu weitgehend, weil er eine zu hohe Belastung bringt. Abg. Weinach (natl.) warnt davor, den Vogen zu überspannen. Die sozialdemokratischen Sätze stemmen die Kriegsgewinne geradezu zu unläuterer Handlungen. Die Nationalliberalen werden über den Regierungsvorschlag nicht hinausgehen.

Abg. Koch: Eine eventuelle Erhöhung ist es nicht, das so tief in das Erwerbsleben eingegriffen werden muß, aber das ist lediglich eine Folge des Krieges. Greift man hier nicht zu, dann muß man die Verbraucher belasten — das kann und darf man nicht. Die Geschichte lehrt, daß im Notfalle Staaten auch schon zur Konfiskation der Vermögen geschritten sind. Bei einem Steuererhöhen kann man nicht prüfen, ob der Gewinn mit den Grundätzen der Moral im Einklang steht. Wenn man die unteren Stufen nicht scharf heranzieht, dann entlastet man auch die höheren Gewinne. Darauf kann jedenfalls keine Rücksicht genommen werden, daß die Inhaber der Kriegsgewinne später Verluste erleiden könnten.

Staatssekretär Helfferich: Der sozialdemokratische Antrag würde bereits bei einem Gewinne von 20 000 M. 5000 M. wegnehmen. In der gleichen Steigerung bewegen sich die weiteren Sätze. Diese Art der Besteuerung würde eine schwere Schädigung der Industrie bedeuten. Das Reich braucht sehr viel Geld, aber die Lasten müssen verteilt werden. Von den Verlehrs- und Verbrauchssteuern kann nicht abgesehen werden.

Abg. Erberger (Z.) kündigt einen Antrag an, durch den der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer zur Deduktion der Schulden zu verwenden ist. Der Ertrag wird vermindert geschätzt; die Schätzungen bewegen sich zwischen drei und sechs Milliarden. Die Steuer trifft auch Gewinne, die mit dem Krieg verbunden sind, zu tun haben, die man aber auch nicht auscheiden kann; deshalb ist der sozialdemokratische Antrag nicht annehmbar. Wenn die Sätze erheblich erhöht werden, dann muß das Recht geschaffen werden, die feststehenden Abgaben, die Steuern usw., abzugestrichen zu werden.

Staatssekretär Helfferich: Ein Mann, der in Preußen 100 000 M. Einkommen hat, muß jetzt bereits 18 Proz. an Steuern bezahlen. Eine Aktiengesellschaft muß zunächst ihre Einkommensteuer bezahlen, die vom Gewinne abgeht. Der Aktionär muß dann für seine Dividende Einkommen- und Vermögenssteuer zahlen; dazu treten dann die Gemeindesteuern. Bei den höchsten Sätzen des sozialdemokratischen Antrages käme man auf Sätze von 100 Prozent und mehr. — Abg. Numan (D. Frakt.) bezeichnet den sozialdemokratischen Antrag als den regierungsfreundlichsten, denn er bringt das meiste Geld. — Abg. Stolten (Soz.): Die Sätze der Regierung entsprechen in keiner Weise den berechtigten Wünschen des Volkes. Man hat nicht angenommen, daß man bis auf 5 Proz. herabgehen und den Höchstfuß von 45 Proz. auf Fälle beschränken wird, die gar nicht oder doch nur vereinzelt eintreten. Der Vergleich, den der Staatssekretär zwischen den deutschen und französischen Sätzen gezogen hat, ist völlig unbedeutend, daß Frankreich keine Durchstufung hat. Die geforderten hohen Sätze sind gerechtfertigt durch den hohen Bedarf des Reiches. Wenn man von anderen Gütern und Blut fordert, dann müssen auch jene opfern, die im Kriege und durch den Krieg Profite gemacht haben. Die Ueberleitung der Betriebe in den Friedenszustand haben die großen Gesellschaften schon genügend durch Rücksagen und Abschreibungen gesichert. — Abg. Strejemann (natl.): Welche Kreise der Industrie haben durch den Krieg schwer gelitten; sie brauchen nach dem Kriege erhebliche Mittel. Deshalb soll man dem Teil der Industrie das lassen, was ihm nach der Regierungsvorlage bleiben soll. —

Abg. Reil (Soz.) Was der Schatzsekretär über die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gesagt hat, das bezieht sich in der Hauptsache auf Gesellschaften. In deren Höchstbelastung geht auch die Sozialdemokratie nicht über die Regierungsvorlage hinaus. Wenn man die gute Industrie schon, dann belastet man damit jene Teile der deutschen Industrie, die schon jetzt schwer zu kämpfen haben. Die von einzelnen Rednern konstruierten Grenzfälle dürfen kaum praktisch werden. Der Rüstungsindustrie z. B. bleiben trotz der Besteuerung noch enorme Summen, die mehr als ausreichen, um die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft zu gewährleisten. Redner weist dann die verschiedenen Einwände zurück, die im Laufe der Debatte gegen die sozialdemokratischen Anträge erhoben wurden.

Abg. Liesching hebt noch hervor, daß die Kriegsgewinnsteuer nicht von dem Einkommen abgezogen werden darf, sonst werden die Einzelstaaten geschädigt. — Abg. Gothein vertritt den Standpunkt, daß ein Drittel der Kriegsgewinnsteuer für abzugestrichen erklärt wird. Bei der Abstimmung wird die Skala der Sozialdemokraten abgelehnt, dagegen die der Fortschrittler angenommen. Es wurde also die Abgabe wie folgt festgesetzt:

Table with 2 columns: Income level and Tax rate. Rows include: für die ersten 10 000 Mark des Vermögenszuwachses 5%, nächsten angefangenen oder vollen 20 000 M. 6%, 80 000 8%, 40 000 10%, 100 000 15%, 200 000 20%, weiteren Beiträge 25%.

§ 11 wurde mit der Abänderung angenommen, daß ein Mehrertrag von 1000 M. und darunter nicht als Mehreinkommen im Sinne des Gesetzes gilt. — § 12 wird unverändert angenommen.

§ 13 bestimmt: Als Jahreseinkommen vor dem Kriege gilt das steuerpflichtige Jahreseinkommen, mit dem der Abgabenpflichtige bei der letzten allgemeinen Jahresveranlagung auf Grund der Einkommensverhältnisse, wie sie vor Ausbruch des Krieges bestanden, zur Einkommensteuer veranlagt worden ist. — Dazu beantragen die Fortschrittler, daß auf Antrag der Durchschnitt des Einkommens in den drei letzten Friedensjahren als Grundlage für die Veranlagung dienen soll. — Dieser Antrag wurde abgelehnt und der Paragraph in der Regierungsvorlage angenommen.

§ 14 bestimmt: Als Jahreseinkommen vor dem Kriege wird ein Betrag von 10 000 M. angenommen, wenn das veranlagte steuerpflichtige Einkommen niedriger war. — Die Sozialdemokraten beantragen, zu sehen: 5000 M.; das Zentrum beantragt: 3000 M.

In der Debatte betonte Abg. Stolten, daß bei 10 000 M. als untere Grenze eine Menge Kriegsgewinnträger auscheiden würden. Das rechtferdigte die Herabsetzung. — Abg. Koch hält den Fortschrittler vor, daß sie hier gegen die Herabsetzung sind, aber für die Erhöhung des Briefpostens gestimmt haben, wodurch gerade die kleinen Geschäftleute besonders stark belastet werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Zentrums angenommen und damit der ganze Paragraph. Wer also bei Beginn des Krieges ein Einkommen von 3000 M. hatte und dieses Einkommen in den drei Kriegsjahren zusammen um mehr als 1000 M. erhöht hat, muß Kriegsgewinnsteuer bezahlen. Die Sozialdemokraten stimmten dafür mit dem Vorbehalt einer näheren Prüfung bis zur weiteren

Defung und unter dem weichen Vorbehalt, daß die oberen Einkünfte wesentlich erhöht werden.

Zur 2) ist ebenfalls eine folgende Bestimmung:

„Der der Befreiung des Einkommens der Offiziere, Sanitäts- und Veterinär-Offiziere sowie der oberen Militärbeamten in deren Dienstverhältnis in Höhe der Friedensgehälter zu bewilligen.“

Weiter diese Kommission erließ eine überaus lebhafte Debatte, an der sich die Sozialdemokraten der Abgeordneten Hof und die Sozialisten beteiligten. Es wurde um allen Dingen darum, daß die Reichsregierung den bestimmten Antrag, fordern die Parteien zu stellen, die zu dem im Vorstehenden Gesagten und auch der Vertreter des Reichsministeriums raten. Einmal ist ein, an dieser Stelle nicht zu übersehen, daß die Sozialdemokraten, dem Reichstag und den Reichsminister wurde davon gesprochen, daß es eine ganz besondere Ungerechtigkeit wäre, wenn man die hohen Gehälter der Beamten nicht aufheben würde. Die Sozialdemokraten, die die Einkünfte der Beamten nicht aufheben würde, die Sozialdemokraten, die die Einkünfte der Beamten nicht aufheben würde, die Sozialdemokraten, die die Einkünfte der Beamten nicht aufheben würde.

Zur 3) 17-20 wurden eine wesentliche Debatte angenommen. — Die Beratungen wandten sich nun der Frage, ob die Einkünfte der Beamten zu erhöhen oder zu senken. Dieser Frage wurde die Aufmerksamkeit der Reichsregierung zuwenden. Die Reichsregierung, die die Einkünfte der Beamten zu erhöhen oder zu senken, die Reichsregierung, die die Einkünfte der Beamten zu erhöhen oder zu senken, die Reichsregierung, die die Einkünfte der Beamten zu erhöhen oder zu senken.

Zur 4) die Abrechnung des Reichsministeriums über die Ausgaben der Reichsregierung für die Jahre 1910 und 1911. Die Reichsregierung, die die Ausgaben der Reichsregierung für die Jahre 1910 und 1911, die Reichsregierung, die die Ausgaben der Reichsregierung für die Jahre 1910 und 1911, die Reichsregierung, die die Ausgaben der Reichsregierung für die Jahre 1910 und 1911.

Zur 5) die Abrechnung der Reichsregierung über die Ausgaben der Reichsregierung für die Jahre 1910 und 1911.

Zur 6) die Abrechnung der Reichsregierung über die Ausgaben der Reichsregierung für die Jahre 1910 und 1911.

Zur 7) die Abrechnung der Reichsregierung über die Ausgaben der Reichsregierung für die Jahre 1910 und 1911.

Quittungstempel und Umsatzsteuer in der Reichstagskommission.

Die Verhandlungen der Reichstagskommission über die Quittungstempel und Umsatzsteuer sind in der Presse schon ausführlich berichtet worden. Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Ich sehe sehr gegen den neuen Steuerentwurf. — Auf die Bemerkung von Herrn... die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Ein Beispiel, wie der Kampf unter Sozialdemokraten nicht geführt werden soll.

Genosse Haase sprach an: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat am Montag, den 10. April, im Reichstag den Antrag gestellt, den Eintrag des Reichstags am nächsten Tage auf die Tagesordnung zu setzen, um bei der ersten Gelegenheit dafür zu sorgen, daß für die Partei...

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

nicht nur von den Genossen, sondern auch von den Gegnern der... unglücklich. Die Konventionen antworteten denn auch sofort mit... wieder unter Berufung auf Scheidemann meinen persönlichen und politischen Schwärze abgegriffen. Das konnte mich fast lassen, wie es mich in ähnlichen anderen Fällen nicht befallen hat, seitdem die Methode des persönlichen Angriffes auf unabweisbar Grundlage, die mir früher nie anders überlassen, auch bei uns ähneln und kaum geschossen ist. Aber die Parteigenossen haben ein Recht darauf, über den Vorfall in der Reichstagskommission vom Montag aufzuklären zu werden. Infolgedessen wird damit ein Beispiel dafür geliefert, was unter der Behauptung: Kameradschaftlichkeit, Ehrlichkeit, Treue auf der einen Seite, Unkennbarkeit, Heimlichkeit, Feindschaft auf der anderen Seite in Wahrheit steht.

Politische Uebersicht.

Regierung für den Kriegsdurchlauf. Die Redaktionen über die Friedensbedingungen der deutschen Regierung liegen in einem Teil der Presse die Hoffnung aus, daß sie in nicht allzu langer Zeit zum Frieden kommen werden.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer, die Reichstagskommission, die die Quittungstempel und Umsatzsteuer.

Gasthäuser, Bäckereien, Konditoren sind von den Kommunalverbänden oder Gemeinden und den ihnen zugehörigen Wengen mitunterworfen. Die Kommunalverbände sind für die Festsetzung von Höchstpreisen für Verbrauchsgegenstände verpflichtet.

Die Kommunalverbände und Gemeinden können auf die von Privaten eingekauften Mengen, soweit sie 10 Kilogramm überschreiten, zurückgreifen. Verweigern die besagten Verkäufer die Ueberlassung, so kann ihnen das Eigentum durch Beschluß der zuständigen Behörde entzogen werden. Bei den überflüssigen Mengen ist die Ueberlassung der Behörden entzogen. Bei den überflüssigen Mengen ist die Ueberlassung der Behörden entzogen.

Die Reichssteuerstelle wird — nach Vorchrift des Reichsfinanzgesetzes — auch für die unterverarbeitenden gewerblichen Betriebe, sowie für die Lieferungen an die Deeres- und Marineverwaltung, bezugsfrei ausstellen. Der bezugsfreie Zuckerhandel darf dann völlig auf, mit innerhalb der von den Kommunalverbänden oder Gemeinden vorgeschriebenen Verteilungsregelung durch Zucker ohne Bezugschein abgesetzt und bezogen werden. Die Zusendungen an die verarbeitenden Betriebe werden nach der Bedarfsmöglichkeit erfolgen.

Die Bekanntmachung des Bundesrats ordnet eine Zuckerbeschränkung für den 25. April an. Nach Zuckerbeschränkungen haben ihre Vorräte, soweit sie 10 Kilogramm überschreiten, anzugeben. Auf die Zuckerfabriken erstreckt sich diese Beschränkung nicht.

Die Schmalzkröpfe der Banern.

Am Sonntag, den 8. April, fand in München eine Versammlung der Abgeordneten der Provinz Schwaben statt. Es über die Lebensmittelversorgung der Provinz verhandelt wurde, das Stadtrat Diab in Schwabmünchen, der an der Spitze des Ausschusses für Lebensmittelversorgung der Stadt steht, folgenden Bericht vor, den er an den Landtag gebracht hat:

Wie und bekannt ist, wächst die Getreidemangel in den Großstädten von Tag zu Tag. Dagegen kann in unserer Gegend auf dem Lande von einer Getreidemangel nicht gesprochen werden, im Gegenteil, bei den Bauern herrscht hier sogar noch großer Ueberschuß. So hatten wir vor kurzem mit einem realistischen Landwirte eine Unterredung, wozu dieser sagte, daß die Keller der Landleute überfüllt von Schmalz, Fett, Speck, Fleischwaren usw. wären, und daß, wenn hier eine Veranschlagung eingeführt würde, außerordentliche Mengen gutgeteilt werden könnten. Die einzigen Banern sind noch vorjährige Schmalzkröpfe, die bereits mit Schmalzkröpfen bedeckt seien. Auch die sonstigen Schweine einschlachten, haben in diesem Jahre mindestens 6-8 Schweine eingeschachtet. . . . Wir schätzen, daß in unserer Gegend ohne Mühe eine halbe Million Pfund Fettgutes herausgeholt werden könnten, und sollten wir wirklich zu hoch geschätzt haben, so steht es demnach fest, daß auf dem Lande weit mehr Fettgutes steht, als gedacht wird. Nach unserer Ansicht ist es im Interesse unserer Mitmenschen unbedingt nötig, daß hierin Handel geschaffen wird und hielten wir es für angebracht, wenn der Handelsstand dieserhalb bei der künftigen Regierung einmal vorstellig würde.

Dieser Bericht wurde von der Versammlung mit großer Aufmerksamkeit und einem sehr bereiten Schweigen aufgenommen.

Nach sonst bot die Verhandlung manches recht Interessante. So führte der Vertreter der Regierung in der Redeführung aus, das Kleinverzeu solle eine Aenderung der Gewerbeordnung dahin anstreben, daß auch die Kleinhändler Zwangszimmern errichten könnten. Den „großen Beschäftigtenmacher“ könnten sie nicht erreichen, wohl aber sollten sie ihr Augenmerk noch dem Mutter des Geldwunders auf den Kleinen richten. Die Kapitalisierung der Renten der Kriegesbeschädigten sei mit großer Vorliebe zu behandeln, weil sonst dem Kleinhandelsstand viele ungenügend ausgebildete Kräfte zugeführt würden.

Anapheit, Teuerung und Verbraucher.

Der halbamtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ schreibt:

Für die Lebenshaltung des Konsumenten reduzieren sich die Verhältnisse in unserer Nahrungswirtschaft auf drei Grundtatsachen: Er muß sich einschränken, er muß teurer bezahlen, und er erhält oft genug schlechte Ware. Wer das Verhalten der verbrauchenden Massen beobachtet, kann verschiedene Arten der Stimmung diesen Umständen gegenüber feststellen. Ziemlich allgemein läßt sich sagen: Wo Teuerung, Entbehrung und schlechte Ware allgemein als unvermeidliche, „natürliche“ Begleiterscheinungen des Krieges angesehen werden, findet sich der Verbraucher, oft genug mit gutem Humor, ins Unvermeidliche. Wann hat je das Verschwinden der frischen Brötchen Empörung und tiefgehende Enttäuschung erweckt? Man begriff die Notwendigkeit, und fand sich mit ihr ab. Dasselbe gilt für die Minderung der Güte des Brotes. Anders dagegen, wo die Verbraucher an die Notwendigkeit von Vereinerung und Entbehrung nicht glauben konnten, etwa bei Zucker und Kartoffeln. Da nahm die Erregung manchmal sehr scharfe Formen an, die Angriffe richteten sich gegen Erzeuger und Händler, denen ohne weiteres Lächer und Zurückhaltung vorgeworfen wurde, und gegen die Behörden, die nicht eingriffen. Die Verbraucher sind allzu leicht geneigt, den Bruchteil Schuld an Entbehrung und Teuerung zu übersehen, der sie selbst trifft, und jene Ursachen von Teuerung und Anapheit nicht zu beachten, die notwendig, ganz organisch und nur durch radikale Gewalttaten überwindbar, aus der Grundverfassung unserer Volkswirtschaft heraus wachsen. . . .

Gegen diesen Bruchteil eigener Schuld der Verbraucher (Einkaufern, Ueberbieten) läuft der Nachrichtendienst in seinen weiteren Ausführungen Sturm. Er spielt aber gegenüber den anderen Ursachen der Anapheit und Teuerung keine nennenswerte Rolle. Würde man sich zu den „radikalen Gewalttaten“ entschließen, so würde er ebenfalls verschwinden. Jedenfalls kann man nicht von einer „notwendigen“ Teuerung reden, solange nicht einmal die milderen Mittel der Abhilfe von den Behörden angewandt worden sind.

Die Nahrungsmittelversorgung im dritten Kriegswinter.

Der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städte-tages hielt am Dienstag im Berliner Rathaus eine Sitzung ab, um darüber zu beraten, wie die zahlreichen Widerwärtigkeiten, die im Verlaufe dieses Krieges in Bezug auf die Nahrungsmittelversorgung namentlich der großstädtischen Bevölkerung eingetreten sind, in Zukunft und besonders nach der diesjährigen Ernte besichtigt werden können. In der Sitzung wurde eine Eingabe an die Reichsregierung beprochen, deren Hauptinhalt der Hinweis auf die dringende Notwendigkeit ist, unter Benützung aller bisherigen Erfahrungen schon jetzt eine umfassende Vorsorge für die Ernährung der städtischen Bevölkerung im nächsten Winter zu treffen. Außerdem hat der Ausschuß noch an die Reichsregierung und die zuständigen Behörden eine Eingabe gerichtet, in der darum

gebeten wird, eine genaue Feststellung aller in der Stadt und auf dem Lande vorhandenen Vorräte, auch in genaueren, geteilterem und detailliertem Zustande vorzunehmen zu lassen. Damit auch hier ein Uebersicht über die vorhandenen Vorräte, und die praktische Verteilung an die Städte für die Zukunft möglich ist.

Die Einführung der Fleischkarte in Süddeutschland.

Dem Reichsamt Sachsen und Bayern, die vom 17. April ab die Fleischkarte zur Einführung bringen ist nun auch Württemberg gefolgt. Die Fleischkarte erstreckt sich auf den Bezirk von Heilbr., Stuttgart, Esslingen, Ulm, Gmünd und Heilbronn. Im Gegensatz zu Sachsen steht Württemberg bei der Einführung mit ein.

Die Höchstmenge für jede über 6 Jahre alte Person ist auf täglich 100 Gramm festgesetzt. Für die Fleischlosen Tage werden keine Fleischkarten ausgestellt. Kinder unter 6 Jahren erhalten halbe Fleischkarten. Die Einführung der Fleischkarte ist ebenfalls für den 17. April in Aussicht genommen. Um die zu dem Termin das Hamstern in Danneberg zu verhindern, ist es ihm erlaubt, Markt und Schlachten im Aufschnitt und verboten, Fleischkonserven zu verkaufen.

Steuererhöhung in Ostpre.

Wie die anderen Bundesstaaten, so hat auch das Herzogtum Ostpre. eine Steuererhöhung beschlossen, wobei der Landtag zugestimmt hat. Die Steuererhöhung trägt die Form von Zuschlägen. Die Zuschläge für Gewerbesteuer betragen bei einem Einkommen von mindestens 2400 M. 5 Proz. und steigen auf 100 Proz. bei einem Einkommen von mehr als 100000 M. Für Personen beginnen die Zuschläge bei einem Einkommen von mindestens 1800 Mark mit einem Zuschlag von 5 Proz., der bis auf 75 Proz. steigt bei einem Einkommen von mehr als 100000 M.

Druckfleckberichtigung. In dem Artikel „Die Pariser Kommune“ in der Montagsausgabe des „Vorwärts“ befindet sich ein fehlerhafter Druckfehler. Es muß dort in der dritten Spalte heißen: „Wied nach“; als die Kommune ihren 1871 in zwei Lampen mit Verschluss einmündig vermachte sie den Arbeitern der ganzen Welt ihr soziales Ideal. . . .

Bekenntnisse des Genossen Haenisch.

In der letzten erschienenen Schrift: „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg“ legt Genosse Haenisch interessante Bekenntnisse von seiner inneren Wandlung ab. Die beträchtlich abweichenden von einer anderen Artart mancher Arbeiteranhänger, nach der die Sozialdemokratie auch während des Krieges ganz die alte geblieben sein soll. Für Haenisch jedoch wie jene anderen seiner Genossenschaftsgenossen sind folgende Stellen aus Haenischs Broschüre sehr interessant:

„Wohlt es dies Ringen über die Seele in der einen Brust wohl keinem von uns geworden. Darf der Autor hier einmal eine gewisse innere Sehn zu überwinden, und einen Augenblick von sich selbst reden und das, was er dabei und dem unerschütterlichen „Ich“ übergeben in das unmittelbare von Herzen kommende „Ich“? Nun, dann möchte ich hier sagen: Um alles in der Welt möchte ich jene Tage inneren Kampfes nicht noch einmal durchleben. Dieses dringende Sehn, sich hinzuzusetzen in den gewaltigen Strom der allgemeinen nationalen Hochflut und von der anderen Seite her die furchtbare feilische Angst, diesem Sehn zufallslos zu folgen, der Stimmung ganz sich hinzugeben, die rings um einen herum brausete und brandete, und die, sah man sich ganz tief ins Herz hinein, auch vom eigenen Innern ja längst schon/Weiß ergriffen hätte. Diese Angst: wie Du auch nicht zum Palastern an Dir selbst und Deiner Sache — ich verweise den Tag und die Stunde nicht — plötzlich die furchtbare Spannung sich löste, bis man sagte, das zu sein, was man hoch wagt, bis man — allen ethischen Prinzipien und höheren Theorien zum Trotz — zum ersten Male zum ersten Male seit fast einem Vierteljahrhundert wieder! aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, durchgehenden Verräter zu werden, einstimmen durfte in den bezaubernden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über alles!“

Wir haben uns in dieser Schrift nach Kräften bemüht, der sozialdemokratischen Wunde und ihren Jähren alle nur denkbare Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Immer wieder haben wir sie gegen die Verdächtigung ihrer Motive und gegen die Verunglimpfung ihrer Person in Schutz genommen. Dennoch müssen wir sagen: so tief schmerzhaft diese letzten Ereignisse sind — es ist gut, daß es so gekommen ist! Für den Augenblick wirkt die Fraktionstrennung wie ein reinigendes Gewitter. Die sozialistische Luft war seit Monaten überladen mit elektrischer Spannung, die Atmosphäre war schließlich unerschütterlich geworden — die Entladung kam, weil sie kommen mußte! Es war ein durchaus unmöglicher Zustand, in dem wir zuletzt lebten, und nirgend vielleicht hätte man das tiefer als im preussischen Abgeordnetenhause. Immer wieder ist es da dem Schreiber dieser Zeilen so gegangen, daß, sobald Antragsfragen und die große Not des Vaterlandes behandelt wurden, er innerlich sich den Weinhäusern und Bachnide, den Campe und Friedberg, ja sogar noch weiter rechtsstehenden Segnern im Grunde weit mehr verbunden fühlte als den Liebknecht und Ströbel, den Adolf Hoffmann und Hofe. Da hat man denn wohl mehr als einmal den Sitzungssaal verlassen, um nicht auch offen den Gegnern gegen die eigenen Fraktionskollegen recht geben zu müssen. . . . Das war ein unwürdiger und innerlich unruhiger Zustand, dem so oder so ein Ende gemacht werden mußte. Nun ist die Zeit der faulen Kompromisse vorbei, nun hat jeder Teil seine volle Aktionskraft erlangt und kann, ungehemmt durch die nervenzermürdenden inneren Reibungen der hinter uns liegenden Tage, seine Politik treiben, die Politik, wie sie Pflicht und Gewissen vorschreiben. . . .“

Soziales.

Das Taschengeld des Kriegers.

Im Klempnerbetriebe der Firma Grund war ein Meister 16 Jahre beschäftigt. Er wurde zum Militär eingezogen, auf Reklamation des Arbeitgebers zehn Tage beurlaubt, um einen Nachfolger heranzubilden. Auch Vater verbandte der eingezogene Meister, so lange er noch hier in Garnison war, seine freie Zeit dazu, um in der Klempnerei seines langjährigen Arbeitgebers nach dem Rechten zu sehen. Infolge eines Abkommens mit dem Arbeitgeber erhielt der Meister, als er Soldat war, von Grund ein Taschengeld von 5 Mark wöchentlich, wofür keine Gegenleistung beansprucht wurde. Bis Ende Dezember erhielt der Soldat regelmäßig die 5 M. Dann blieb die Zahlung aus.

Der Meister, der noch Soldat ist, klagte beim Jungungs-schiedsgericht auf Zahlung zunächst für Januar und Februar. Er behauptete, der Vorgesetzte habe ihm ausdrücklich versprochen, das Taschengeld so lange zu zahlen, wie er, der Kläger, Soldat sei, und wenn der Krieg noch jahrelang dauern sollte. — Der Vorgesetzte bestritt dagegen, ein Jahresbescheid gegeben zu haben, und meinte, er habe die Weiterzahlung unterlassen, weil der Kläger eine

abfällige Bemerkung über den Vorgesetzten gemacht habe. — Nachdem ein Vergleichsversuch des Vorgesetzten ergebnislos geblieben war, wies das Schiedsgericht die Klage wegen Unzulässigkeit ab, weil es sich nicht um eine Forderung aus dem Lohnverhältnis, sondern um die Gewährung eines Taschengeldes handelte.

Wenn man billige Arbeiter beschäftigt.

Schlossermeister Quolle stellte einen ungelerten Arbeiter, der schon früher zu des Meisters Juristenbeim bei ihm Granaten gebohrt hatte, wieder an Granatendrehen ein und zahlte ihm 80 Pf. Gehalt. Diesmal schiedel es sich aber um eine andere Art Granaten, die anders behandelt werden mußten, wie im ersten Falle. Ein gelernter Arbeiter, der jetzt nicht für 80 Pf. Stundenlohn zu haben ist, würde den Unterschied im Material natürlich bemerkt und die Arbeit dementsprechend behandelt haben. Der ungelerte Arbeiter mußte nicht davon. Es kam es, daß er zehn Granaten verpöschte. Dem Arbeitgeber entstand dadurch ein Materialschaden von 100 M. Deshalb zahlte er dem Arbeiter einen Restlohn von 5 M. nicht aus. Dieser forderte der Arbeiter bei dem Jungungs-schiedsgericht. Der Vorgesetzte hielt dem Vorgesetzten vor, er würde den Schaden wohl nicht gehabt haben, wenn er statt des ungelerten Arbeiters einen Arbeiter mit entsprechendem höherem Lohn eingestellt hätte. Wenn man einen ungelerten Arbeiter mit Dreherarbeit beschäftigt, so sei das immer ein Risiko für den Arbeitgeber. — Der Vorgesetzte folgte dem Rat des Vorgesetzten und zahlte dem Arbeiter im Vergleich 5 M.

Eier als Heilmittel.

Mit der Frage, ob Eier als Heilmittel im Krankenkassenversicherungsamt angesehen werden können, hatte sich das Oberversicherungsamt in der Berufungsinstanz zu beschäftigen. Der Kassenzustand der besagten Krankenkasse hatte einem Kassenpatienten, der an einem Nervenleiden erkrankt war, 4-7 rohe Eier pro Tag für die Zeit von drei Wochen bestritten. Hierdurch erkrankte der Kasse eine Stollenlast von 18 M. Die Kasse, die sich den Betrag zu zahlen weigerte, machte geltend, Eier könnten nicht als Heilmittel gelten, es gebe auch dafür genügend medizinische Erprobung, die einem kranken Magen sicherlich zuträglich wären, als 4-7 Eier täglich. — Das Versicherungsamt beurteilte die Kasse zur Bezahlung der Eier und das Oberversicherungsamt bestätigte dieses Urteil. Vom Arzt verordnete Eier seien gewissermaßen als „Heilmittel“ anzusehen. Soweit sie vom Kassenzustand verordnet würden, müßten deren Kosten auch von der Kasse getragen werden.

Nicht abschließend verurteilte Kassen hätten ihrer Kasse durch solche unbedachte Beigerung nicht einen Preß und unnütze Kosten verursacht.

Gerichtszeitung.

Die Verfallensverordnung des Oberbefehlshabers.

Bekanntlich ist Genosse Leid von der Anklage, die Verordnung des Oberbefehlshabers in den Marken verlegt zu haben, vom Schöffengericht und von der Strafkammer freigesprochen, weil die Verordnung nach Ansicht beider Gerichte nicht rechtskräftig ist. Gegen das freisprechende Urteil am 17. März hat nun der Erste Staatsanwalt beim Landgericht III, Geheimrat Justizrat Goebel, Revision eingelegt. Die Revision wird um so weniger Erfolg haben können, als die Verordnung des Oberbefehlshabers inzwischen von ihm selbst aufgehoben und durch eine andere vom 19. März (am 20. März von uns veröffentlicht) ersetzt ist. Nach § 2 des Reichsstrafgesetzbuchs hat diese neue Verordnung keine rückwirkende Kraft. Nach § 2 des Reichsstrafgesetzbuchs kann eine Handlung nur dann mit Strafe belegt werden, wenn diese Strafe gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde. Es dürfte in der Revisioninstanz die Freisprechung bestätigt werden, ohne daß die interessante Frage der Rechtskräftigkeit der aufgehobenen Verordnung vom Kammergericht geprüft werden wird. (2)

Verpflichtung aller Gastwirte zum Ausschank des Schlag-schneewerks.

Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 2. September 1915 enthält in § 1 unter Ziffer 2 das Verbot des Verkaufs von Schlagen im Kleinhandel, insbesondere in Mischläden, Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Schwank- und Schenkwirtschaften, sowie in Erfrischungsräumen, und nach Ziffer 3 des § 1 darf Schlagen in Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Schwank- und Erfrischungsräumen, sowie in Erfrischungsräumen nicht verabfolgt werden. — § 4 bestimmt ferner: „Die Unternehmer haben einen Abdruck dieser Verordnung in ihren Verkaufs- und Betriebsräumen auszuhängen.“ Von der Auslegung dieses § 4 im Zusammenhang mit den übrigen Bestimmungen der Verordnung des Bundesrats hing der Ausgang eines Strafverfahrens ab, das gegen den Gastwirt Genossenschaft angestrengt worden war, weil er kein Exemplar der Verordnung in seiner Wirtschaft aufgehängt hatte.

Der Angeklagte hielt sich aus zwei Gründen nicht für strafbar. Erstens konnte es sich bei seiner Wirtschaft um ein einfaches Lokal, wo niemals Schlaglauge oder Schlagen verabreicht werden sol. Deshalb finde die Verordnung auf seinen Betrieb keine Anwendung. Und zweitens sei ihm von der Behörde kein Exemplar der Verordnung ausgehändigt worden. Er nehme an, daß er nicht verpflichtet gewesen sei, sich ein Exemplar zu beschaffen. Das Landgericht Weilmünster III verurteilte jedoch den Angeklagten wegen Unterlassung des Aushängens. Das Kammergericht bestätigte am 7. d. M. das Urteil mit folgender Begründung: Der § 1 der Bundesratsverordnung belege, daß in bestimmten Betrieben, worunter sich auch Gast- und Schwankwirtschaften befinden, Schlagen oder Schlaglauge nicht verkauft beziehungsweise verabreicht werden darf. Wenn man in den folgenden Paragraphen, so in § 4 mit seiner Bestimmung über den Ausschank, vom „Unternehmer“ die Rede sei, so sind darunter auch die Unternehmer der Gast- und Schwankwirtschaften mit zu verstehen. Es mehr oder weniger oder keine Schlaglauge oder Schlagen verkauft zu werden pflege, darauf komme es nicht an. Die Verordnung, nach § 4, müsse nach dem Wortlaut ausgehängt werden, nicht nach den Eigenschaften des einzelnen Lokals. Darum hätte auch der angeklagte Gastwirt die Verordnung aushängen müssen. Und wenn er kein Exemplar erhielt, so wäre er verpflichtet gewesen, sich selber ein Exemplar zu beschaffen. Nur der Nachweis, daß dies überhaupt unmöglich gewesen wäre, könne von der Strafkammer bestritten. Angeklagter sei mit Recht wegen des unterlassenen Ausschanks verurteilt worden.

Eingegangene Druckschriften.

Tatlich, wie man es erwartet und leidet. Von Dr. O. Göttinger. 20 Pf. — Die Welt, Stuttgart. Jahrbuch der Weisheit des Weltkrieges 1911/16. 2 Bde. 76-80. Jede Bände ein Bde 25 Pf. — Union, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart. Der Weltkrieg eines optischen Instrumenten. Von Dr. E. Berger. 20 Seiten. — M. Dreßler, Bern. Die Phantasie in der Poesie. Von A. Kiermann. Geb. 2,50 M. — A. Cassier, Berlin W. 88.

Donnerstag
Soweit Vorrat:

Lebensmittel-Angebot

Fische, Fleisch, Geflügel
nur Leipziger Strasse
und Alexanderplatz

Konserven

Ries.-Stang.-Spargel ^{1/2 Dose 1/2 D.} 2 ²⁵ 1 ¹⁸	Brechspargel ^{1/2 Dose 1/2 Dose} mittel 1 ⁴⁰ 75 Pf.
Stang.-Spargel ^{extra stark} 1 ⁸⁵ 98 Pf.	Karotten ^{extra} 95 Pf.
Stang.-Spargel ^{stark} 1 ⁷⁵ 93 Pf.	Rote Rüben 52 Pf.
Stang.-Spargel ^{stark} 1 ⁶⁵ 88 Pf.	Apfelmus 85 Pf.
Stang.-Spargel ^{mittelstark} 1 ⁵⁵	Kaiserschoten . . . 1 ⁷⁵
Stang.-Spargel ^{so. so.} 1 ⁴⁰ 75 Pf.	Schoten ^{sehr fein} . . . 1 ⁵⁵
Ries.-Brech-Spargel 1 ⁷⁵ 93 Pf.	Steinpilze 80 Pf.
Brechspargel ^{extra stark} 1 ⁶⁵ 88 Pf.	Champignons . . . 2 ⁸⁰ 1 ⁴⁵
Brechspargel ^{stark} 1 ⁵⁵ 83 Pf.	Morcheln 2 ⁰⁰ 1 ¹⁰

Gepökelttes Hamburger Rindfleisch 12⁵⁰
gekocht ohne Knochen 4-Pfund-Dose

Fische

Lebende starke Aale ^{1 Pfd.} 2 ⁹⁰	Schollen ^{gross} 75 Pf.
Frische Barsche 1 ¹⁰	Salzher. ^{mittelgr.} 2 Stück 25, st. 15 Pf.
la. Jütl. Schellfisch ^{1 Pfd.} 78 Pf.	Maatjes-Heringe 25 Pf.
la. Jütl. Kabeljau ^{1. gr. Fisch.} 75 Pf.	Extr. gr. Fettheringe st. 40 Pf.
Bratschollen 45 Pf.	Klippfisch 70 Pf.

Backflaumen Pfund 1¹⁵ 1³⁰ 1⁴⁵

Fleisch

Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 2 ⁸⁰
Rinderkamm Pfund 2 ²⁰
Querrippe Pfund 2 ²⁰
Kalbskeule im ganzen Pfund 2 ⁴⁰
Kalbsrietenbraten i. ganz. Pfund 2 ³⁰
Kalbsbrust im ganzen Pfund 2 ³⁰
Kalbsblat im ganzen Pfund 2 ³⁰
Kalbskamm Pfund 2 ³⁰
Hammelfleisch Pfund 2 ⁸⁰
Pökelbrust Pfund 2 ⁸⁰

Geflügel

Gänse Pfund 2 ⁴⁰
Junge Gänse Pfund 3 ¹⁰
Suppenhühner Pfund 2 ⁷⁰
Brathühner Pfund 2 ⁷⁰
Tauben Stück 1 ²⁰ 1 ⁴⁰
Schneehühner Pfund 2 ³⁵ 2 ⁵⁵
Kibitzeler Stück 40 Pf.

Dörrgemüse

Weisskohl Pfund 2 ⁶⁰	Karotten Pfund 2 ⁵⁰
Julienne Pfund 1 ⁸⁰	Buckobst Pfund 1 ⁶⁰

Obst und Gemüse

Apfelsinen Pfund 35 Pf.	Weisskohl Pfund 35 Pf.
Kochäpfel Pfund 35 Pf.	Wirsingkohl Pfund 40 Pf.
Zitronen Dutz. 48 bis 60 Pf.	Kohlrüben weiss 5 Pf.
Datteln Pfund 1 ⁰⁰	Kohlrüben gelb 8 Pf.
Feigen Pfund 80 Pf.	Schnittlauch Topf 25 Pf.
Maronen Pfund 48 Pf.	Zwiebeln Pfund 35 Pf.
Rhabarber 4 Stangen . . . 10 Pf.	Radieschen Bd. 10 u. 20 Pf.
Gurken Stück 65 bis 75 Pf.	Morcheln Pfund 95 Pf.
Rabunzen 1/2 Pfund 20 Pf.	Maikräuter 2 Bund 15 Pf.

Frischer Salat 3 Köpfe 20 Pf.
Frischer Spinat Pfund 25 Pf.

Räucherwaren

Makrelbücklinge Stück 35 Pf.	Ahlbecker Fludern ^{1/2 Pfd.} 60 Pf.
Fleckheringe Stück 35 Pf.	Seehasen 4 Pfund 75 Pf.
Kieler Schleibüchl. 2 St. 45 Pf.	Sardinen in Öl Dose 50, 85 Pf.
Pomm. Sprotten 1/2 Pfd. 60 Pf.	Sardinen in Tomaten Dose 55, 80 Pf.
Kieler Sprottbüchl. 1/2 Pfd. 60 Pf.	Sardellen Pfund 1 ⁸⁰

Holländer Käse Pfund 2⁴⁰
Edamer Käse Pfund 2⁴⁰
Vollfett. Holländ. Käse ohne Rinde, in Dosen ca. 1 Pfund Dose 2²⁵

Sonntag sind unsere Häuser von 1 Uhr an geöffnet.

Sozialdemokratischer Wahlverein
f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.
Köpenicker Viertel, Bez. 195 III.
Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Tischler
Wilhelm Schleußner
Stalther Str. 50a
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer,
Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Maler
Erich Buchheister
(Bezirk Nordost)
am 7. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
185/14 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die überaus wohlthätigen Be-
weise herzlichster Teilnahme beim Hin-
scheiden meines geliebten, unersetz-
lichen Mannes, unseres guten, tren-
nungsbereiten Vaters, Schwiegervaters,
Bruders, Schwagers und Onkels
sagen wir allen Beteiligten sowie
Herrn Baldes Ranasse für seine
tröstlichen Worte unseren herz-
lichen Dank.
Im Namen der trauernden Hinter-
bliebenen
Wwe. Emma Rabe.
Grübler Straße 82.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme sowie die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
geliebten Mannes und Vater meines
Kindes
Wilh. Fehder
sagen wir allen Verwandten und Be-
kannnten, den Kollegen der U. S. W.
(inkl. H. Ober-Schönmeide), dem
Wahlverein des dritten Wahlkreises
unseren herzlichsten Dank.
Wwe. Marie Fehder und Tochter
Gabelsbergerstr. 8.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

V. a. G. Hamburg.
Mitglieder-Verammlungen der Filialen
Berlin 1: Sonntag, den 16. April, vormittags 10 Uhr, Besse-
rstr. 87, bei Hermannus.
Berlin 2: Montag, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, Adalbert-
straße 4, bei Zauls.
Berlin 3: Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Reichen-
berger Str. 154, bei Kaiser.
Berlin 4: Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Gr. Brenten-
burgerstr. 30, bei Heinrich.
Berlin 5: Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Rüdiger-
straße 7, bei Thiel.
Berlin 10: Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Stephan-
straße 11, bei Haber.
Berlin 13: Sonntag, den 16. April, vormittags 10 Uhr.
Lichtenberg II: Sonntag, den 16. April, vormittags 10 Uhr,
Alt-Bohdagen 58, bei Stume.
Neukölln: Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Sietzen-
straße 69, bei Kramer.
Pankow: Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Glorstr. 5-6,
bei Schröter.
Rosenthal: Sonnabend, den 6. Mai, abends 9 Uhr, Pring-Glein-
rich-Str. 7, bei Hensch.
Steglitz: Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Doppel-
straße 7, bei Clement.
Tempelhof: Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Marien-
dorf, Chaussee 37, bei Wensch.
Wildau: Sonntag, den 16. April, vormittags 10 Uhr, bei
Schumann. 115/4

Zentral-Verband der Töpfer
u. Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.
Am Sonntag, den 9. April,
verstarb unser Mitglied, der
Töpfer
Joseph Petke
(Bezirk Schönhauser Vorstadt)
im Alter von 57 Jahren an
Lungenentzündung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 14. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Be-
rufshofes in Friedrichsfelde aus statt.
Ihre rege Beteiligung erucht
162/5 Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, dass der Kollege
Hermann Masphul
welcher im Betriebe der 13. Nov.-
Anstalt beschäftigt war, ver-
storben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 13. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Dankes-Kirchhofes in
Reinickendorf, Blumestr., aus statt.
303/2 Die Ortsverwaltung.

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen
u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern hiermit
zur Nachricht, dass der Herren-
wäscher, Kollege
Karl Abmann
(geb. 15. 6. 1876)
am 11. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 15. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes,
Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.
162/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unsere Kollegin, die Ur-
beiterin
Olga Fiedler
am 10. April an Lungenleiden
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes der Gemeinde
Reinickendorf in der Humboldt-
straße aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme sowie die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung unseres
geliebten Sohnes sagen wir allen Freun-
den und Bekannten unseren herz-
lichen Dank.
Wilhelm Langhorst und Frau,
Bruder, Schwester, Schwager u. Nichte.

Robert Kurtz
am 10. April an Nervenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 15. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des hiesigen Friedhofes in
der Seelstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
118/3 Die Ortsverwaltung.

Wir bringen hiermit zur gefälligen Kenntnis, dass wir die
Bewirtschaftung des „Schloß Weissensee“ wegen Belegung
desselben mit Militär durch die Gemeindeverwaltung ein-
gestellt haben.
Brauerei Gabriel & Richter.

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. b. H.
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3

Wir empfehlen:
**Praktische Steuerpolitik
oder Steuerdogmatik?**
Von Heinrich Cunow
Preis 1 Mk. Vereinsausgabe 50 Pf.

Inhalt: Keine Selbstausbeutung. — Arbeiter-
interessen und Steuerprinzipien. — Steuerpro-
bleme. — Staatsmonopole oder neue Steuern? —
Steuerdogmatik und Steuerpolitik. — Noch-
mals die Monopolfrage. — Die Broschüre bietet
eine gemeinverständliche Einführung in die Auf-
gaben der Steuer- und Finanzreform, bei deren
Einführung die Sozialdemokratie ihre gewichtige
Stimme in die Waagschale werfen muß.

Der Frauenmord.

Helene Wahl verhaftet.

Während in der Nacht zum Mittwoch der Säulenanschlag mit dem Mord der Helene Wahl als der mutmaßlichen Mörderin vorbereitet wurde, sandte die Kriminalpolizei noch einmal ein ganzes Aufgebot von Beamten aus, um die Verfolgte vielleicht doch noch in Berlin auffindig zu machen und zu fassen. Es war ihr mitgeteilt worden, daß man die Wahl noch am 1. April hier gesehen habe. Seitdem aber fehlte jede Spur. Die Beamten durchstreiften das ganze Stadtviertel, in dem das Verbrechen verübt wurde und zeigten besonders auch in den Gast- und Schankwirtschaften aller Art die Bilder der Ermordeten und der mutmaßlichen Mörderin. Hier und da ließen sie auch Bilder zurück, um auch spätere Gäste zu unterrichten. Auf diese Weise erhielt auch eine Zigarettenhändlerin, die in dem Lokale „Dante Bühne“ in der Elßasser Straße 39 ihr Geschäft betreibt, Kenntnis von der Verfolgung der Wahl und ihrem Aussehen. Als nun die Gejandte später eintrat, erkannte die Händlerin sie sofort, weil sie sich die Beschreibung genau gemerkt hatte. Sie benachrichtigte einen Kriminalbeamten und dieser nahm das Mädchen fest.

Mit einer Droschke nach dem Polizeipräsidium gebracht, wurde die Verhaftete noch im Laufe der Nacht von dem Kriminalkommissaren Gennat und Dr. Textor und dem Kriminalwachmeister Termeer verhört. Sie bestritt, mit dem Verbrechen irgendwas zu tun gehabt zu haben. Es war bekannt, daß die Franzke ihre Freundin Wahl stets unterstützte. Während sie selbst etwas schlampig ging, verlangte sie, daß die Freundin sich immer sauber und hübsch kleide, und gab ihr zum Teil auch die Mittel dazu. Die Kriminalpolizei hatte aber auch ermittelt, daß die Wahl des Verhältnisses überdrüssig geworden war und geäußert hatte, sie werde es aufgeben. Wie die Verhaftete in allen Verhören jetzt angab, waren die Zwistigkeiten seit Anfang März immer stärker geworden. Die Wahl machte ihrer Freundin gegenüber kein Hehl mehr daraus, daß sie die Beziehungen lösen wollte. Sie ging auch wiederholt aus, um Herrenbekanntschaften zu machen, die ihr mehr zusagten. Die Franzke holte sie jedoch immer wieder zurück. Auch die letzten Nächte vor dem 15. März war die Wahl nicht mehr in der Wohnung ihrer Freundin. Von dem letzten Zusammentreffen im Friseurladen gibt sie eine Schilderung mit einem wesentlichen anderen Ausgang. Nach ihrer Darstellung fand endlich nach den heftigen Auseinandersetzungen eine Ausöhnung statt. Hiernach gingen beide Mädchen wieder nach der Wohnung der Franzke. Diese verließ die Wahl, immer nach ihrer Darstellung, später allein, weil sie eine Einladung erhalten hatte. Es war ein Schreiben, in dem ein Herr sie bat, sich mit ihm im Tauentzien-Palast zu treffen. Beigefügt war ein Blumenstrauß. Die Wahl ging, mit 80 M. in der Tasche nach dem Tauentzien-Palast, fand aber dort den Herrn nicht. Wie sich später ergab, wußte dieser nichts von der Einladung.

Weil sie nun wieder die Eifersucht ihrer Freundin fürchtete, blieb die Wahl seitdem ganz von ihr weg. Sie hatte auch, wie sie sagt, die Absicht, jetzt, nachdem sie sich ausgelebt, zu ihren Eltern zurückzukehren und ein neues, ordentliches Leben zu beginnen. Die ganze Zeit über hielt sie sich mit Freundinnen oder auch mit männlicher Begleitung in Fremdenlogis, besonders in der Königstraße, auf. Sie besuchte auch Lokale am Alexanderplatz und Kaffeehäuser im Westen der Stadt. Um die Franzke kümmerte sie sich gar nicht mehr. Weil sie die ganze Zeit über auch nicht eine Zeitung las, so wußte sie nichts von dem Verbrechen, bis sie in der letzten Nacht unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet wurde.

Gestern vormittag fand in dem Hause Elßasser Straße 17/18 eine Besichtigung des Friseurladens und der zugehörigen Räume statt. Die Ortsbesichtigung hatte eine große Menschenmenge vor das Haus gelockt, die von Schulreuten ferngehalten versucht wurde. Es wurden zunächst vom Erkennungsdienst die photographischen Aufnahmen gemacht. Das Verbrechen ist ohne Zweifel in dem Wohn- und Schlafzimmer verübt worden. Hier stehen gleich am Eingang ein kleines Sofa, vor ihm ein Tisch, weiterhin ein Bett, ein Kleiderständer, ein Kleiderständer und hinter einem Schirmvorhang eine Gasochvorrichtung. Der Schmutz des Raumes entspricht der Gesellschaft, die in ihm hauste und verkehrte.

Die Säuberung des Raumes nach dem Verbrechen ist so gründlich bewirkt worden, daß man vorläufig nur noch wenige und schwache Spuren fand. Hinter dem Sofa entdeckte man an einer Gardinendraperie Blutspitzer, und das Sofa selbst war an der Rückseite stark mit Blut besudelt. Beim Abrücken des Sofas kam ein mit Blut besudelter Haarkamm zum Vorschein. An den Tapetenwänden zeigten sich einige Blutspitzer. Auf dem Hofe neben dem Müllkasten wurde ein Stück eines Läufers mit angebrannten Stellen gefunden. Ob dieses Läufersstück mit dem Verbrechen irgendwie in Zusammenhang steht, weiß man noch nicht.

Die Ortsbesichtigung stellte im weiteren Verlaufe außer Zweifel, daß das Wohn- und Schlafzimmer der Tatort ist. Der Täter, oder auch die Täter, haben mit schlauer Ueberlegung und Vorbedacht zwar versucht, alles Beweismaterial, Blutspuren und dergleichen zu vernichten oder aus der Wohnung wegzuschaffen. Aber es ist trotzdem noch genug übrig geblieben.

Die Menschenmenge, die sich ansammelte, wurde während der Ortsbesichtigung immer größer. Das 12. Revier mußte viele Schutzmänner ausbieten, um die Neugierigen fernzuhalten. Nach Schluß der Besichtigung begaben sich alle Beamten wieder nach dem Polizeipräsidium, um von hier aus die Ermittlungen fortzusetzen, die das Verbrechen wohl bald bis auf den letzten Grund klären werden.

Bei der weiteren Besichtigung der Räume ergaben sich noch Anhaltspunkte dafür, daß das Wohn- und Schlafzimmer der Ullmann der Tatort ist. In dem Zimmer fand man auch noch ein Rasiermesser, das wohl zu dem Mord benützt worden sein kann. Man sieht daran noch schwache Spuren vom Abwaschen. Auch eine Menge Briefschaften fand man. Alle wurden beschlagnahmt, um auf ihren Inhalt geprüft zu werden. Außer der Wahl und der Ullmann nahm die Kriminalpolizei jetzt auch noch die Sonnenberg in Haft. Die drei Mädchen machen Angaben, die sich in verschiedenen Punkten durchaus widersprechen. Die Nordkommission bemühte sich deshalb, die Widersprüche aufzuklären.

Eine überraschende Wendung. — Die Sonnenberg beschuldigt die Ullmann des Mordes.

Alle drei wurden auch gestern nachmittags wieder in ein stundenlanges Kreuzverhör genommen, eine jede gesondert. Alle blieben zunächst im wesentlichen bei ihren bisherigen Angaben. Am stärksten verstrickte sich in Widersprüche Anna Sonnenberg, eine

23 Jahre alte, aus Berlin gebürtige Fabrikarbeiterin, die zuletzt in der Elßasser Straße 35 wohnte und Mutter eines jetzt 2 Jahre alten Knaben ist. Die Sonnenberg geriet auf Abwege, als der Vater ihres Kindes sie im Stiche ließ. Sie fiel jetzt der Ullmann in die Hände, einer Frauenperson, die wegen Diebstahls schon sechsmal vorbestraft ist, unter falschen Namen sich seit Jahren in Berlin aufhielt, hier in dem Friseurladen ihr Umwehen trieb und wahrscheinlich noch mehr auf dem Kerbholz hat als man bisher weiß.

Anna Sonnenberg wollte bisher von dem Verbrechen selbst nichts wissen. Ihre Widersprüche aber wurden immer verwickelter. Auf einen Widerspruch aufmerksam gemacht, suchte sie sich stets herauszureden, und wenn sie gar nicht mehr herausfinden konnte, so mußte ihr Knabe ihr herausschleichen, den sie bei allen Verhören um sich hatte, um die ganze Aufmerksamkeit auf diesen hin und von sich selbst und den eben vorgebrachten Aussagen abzulenken. Das ging den ganzen Nachmittag durch. Abends endlich nahm man ihr den Knaben weg und jetzt zeigte sich deutlich, was für eine Stütze er ihr unbewußt gewesen war. Ohne diesen Ablenkungspunkt wurde sie bald haltlos und brach endlich zusammen, um ein Geständnis abzulegen.

Eine eigene Rolle spielte, wie wir schon mitteilten, eine Einladung nach dem Tauentzienpalast, der ein Blumenstrauß beigelegt war. Der Brief trug die Unterschrift eines Friseurs Schulke, der früher bei Boitash in Stellung gewesen war. Helene Wahl, die nach ihrer Darstellung, nach einer Ausöhnung im Friseurladen mit der Franzke nach Hause ging, verließ sie denn auch wieder, auf den Brief hin. Aber Schulke war im Tauentzienpalast nicht zu finden und wußte, wie sich später ergab, von nichts. Mit dem Briefe und dem Blumensträußchen mußte also ein Schwindel getrieben worden sein, und das mußte unter den obwaltenden Verhältnissen einen bestimmten Zweck gehabt haben. Die Sonnenberg wollte erst von dem Briefe gar nichts wissen. Dann behauptete sie, ihn selbst geschrieben zu haben und suchte das harmlos zu erklären. Gestern abend endlich in ihrem Geständnis gab sie an, die Ullmann habe den Brief geschrieben und ihn mit dem Sträußchen an die Wahl gesandt, um so mittelbar die Franzke in die Falle zu locken. Die Ullmann wußte, daß die Franzke, von Eifersucht geplagt, sich sofort auf den Weg machen werde, ihre Freundin zu suchen und nicht eher ruhen werde, bis sie sie gefunden habe. So kam es denn auch. Die Franzke suchte die Wahl im Friseurladen, wurde dort freundlich empfangen und unbarmherzig abgeschlachtet.

Die Ullmann, eine Verbrecherin durch und durch, brauchte Geld. Ihr Geliebter hatte ihr wiederholt geschrieben, sie solle sehen, daß sie durchkomme und das Geschäft auch für später erhalte. Er selbst konnte kein Geld schicken. So sann die Verbrecherin auf Mittel und Wege, es sich irgendwie zu verschaffen. Schon lange dachte sie dabei an die Franzke, die ja immer Geld hatte und damit prahlte. Die Sonnenberg, ein etwas beschränktes Mädchen, aber im übrigen auch nicht viel besser mehr als die anderen ihres Umgebungsgebietes, verstrickte sie in ihren Plan, um sie bei der Ausführung zu benutzen. Ihr Übergab sie mit dem Blumensträußchen zur Besorgung den Brief, von dem sie wußte, daß er die mütterliche Wahl sofort aus der Wohnung weg und die Franzke wieder auf ihre Fährte locken werde. Beide, die Ullmann und die Sonnenberg, standen dann schon am 15. März, abends, im Friseurladen und warteten auf das Opfer. Sie empfingen die Franzke auf das freundlichste und bewirteten sie mit Kaffee. Absichtlich brachte man das Gespräch auf die Wahl. Die Ullmann beruhigte zum Schein die aufgeregte Franzke, während sie schon das Rasiermesser bereit hielt, ihr die Kehle abzuschneiden. Die Sonnenberg hatte, während der Gast beim Kaffee auf dem Sofa saß, den Auftrag, die Ladentür zu schließen, und blieb auch an der Tür stehen, damit niemand un erwartet eintreten könne. Die Ullmann hatte das Fenster am Hofe verhängt. In einem geeigneten Augenblick führte, wie die Sonnenberg den schauerlichen Vorgang darstellte, die Ullmann den Schnitt hinterücks aus, als die Franzke ahnungslos auf dem Sofa saß. Die Sonnenberg hörte noch schwere Hilferufe vom Zimmer her. Die Ullmann wehrte sich, aber die Mörderin stürzte wie eine Furie über sie, um sie zu zerfleischen. Nachdem sie sich, als das Opfer tot dalag, vom Blut gereinigt hatte, ging sie mit der Sonnenberg nach einem Korbmacherkeller in der Adersstraße, kaufte dort den Reifeschuh und brachte ihn mit der Sonnenberg nach ihrer Verhaftung. Hier wollte sie der Leiche zuerst die Weine abschneiden, um sie besser in den Korb packen zu können. Das ging aber nicht. Jetzt schnitt sie ihr das Gesicht auf, um sie unkenntlich zu machen. Dann fahnten beide an und packten die Leiche in den Korb. Als sie nicht gleich hineinging, stellte sich die Ullmann auf die Leiche und trat sie mit den Füßen in den Korb hinein. Dann holte sie aus einem Laden in der Auguststraße die beiden Schlüssel und verschloß den Korb, um ihn nach dem Wahnhof und nach Sletting zu schaffen.

Daß es die Ullmann auf einen Raub abgesehen hatte, war der Sonnenberg schon lange klar. Denn sie hatte schon mehr als einmal geäußert, sie werde „das Ristvieh“, das so viel Geld habe, umbringen. Sie nahm denn auch der Leiche den Brustbeutel mit dem Gelde ab und steckte ihn ein. Wie die Wohnung gesäubert und der Korb weggeschafft wurde, haben wir schon berichtet.

Gleichzeitig mit der Sonnenberg wurden in anderen Räumen die Ullmann und die Wahl ebenso scharf verhört. Die Ullmann blieb bei allen, was sie früher gesagt hatte, mit allen Widersprüchen. Auch nachdem Kommissar Gennat sie auf Grund des Geständnisses der Sonnenberg, ohne diese zunächst zu erwähnen, sie eingehend vernahmt hatte, doch endlich die Wahrheit zu sagen, änderte sie nichts an ihrer Darstellung. Sie erbot sich sogar, der Wahl die Tat ins Gesicht zu sagen. Und so geschah es dann auch, als man ihr das „verworfenene Frauenzimmer“, wie sie sie nannte, gegenüberstellte. Mit der größten Festigkeit warf sie ihr den Mord vor. Aber die Wahl, die in diesem Falle in der Tat ein gutes Gewissen hatte, blieb ruhig und beteuerte ihre Unschuld. Um so aufgeregter wurde immer mehr die Ullmann. Endlich hielt Kriminalkommissar Gennat ihr das Geständnis der Sonnenberg vor, und sagte ihr auf den Kopf zu, daß sie in allen Punkten lüge. Das wirkte. Nach einem Krännerguß erklärte sie, daß sie nun die Wahrheit sagen wolle und gab zu, daß sie bei dem Mord mitgewirkt habe. Jetzt aber stellte sie die Sonnenberg als die Haupttäterin dar. Diese sagt, sie habe einen Strick bereit gehabt und die Franzke gefesselt, während sie selbst ihr die Kehle durchschnitt. Diese gegenseitigen Beschuldigungen müssen nun von der Kriminalpolizei noch weiter untersucht und auf ihre Richtigkeit im einzelnen geprüft werden.

Nach dem Geständnis, wie sie es nun abgelegt hat, stellen die Kommissar Gennat und Dr. Textor die Ullmann noch einmal der Wahl gegenüber. Jetzt fiel sie ihr, die sie bisher hartnäckig des schwersten Verbrechens beschuldigt hatte, unter Kränen um den Hals und bat sie um Entschuldigung, daß sie ihr das angetan habe. Die Sonnenberg, sagte sie, sei in allem schuld und habe sie in das Verbrechen hineingetrieben. Verhöre, Zeugenvernehmungen und Ermittlungen werden heute fortgesetzt.

Mordprozeß in Schneidemühl.

Wegen ungeheuerlicher Verbrechen hat sich vor dem Schwurgericht in Schneidemühl ein früherer Lehrer zu verantworten. Mitangeklagt wegen eines Nebenbessits ist sein Vater.

Der Hauptangeklagte ist der jetzige Gutspächter Willi Westphal. Er ist 1887 geboren; im Jahre 1907 bestand er das Lehrexamen, war in Löbnitz Lehrer und wurde im Dezember 1911 des Amtes enthoben, weil er wegen Verleumdung und Urkundenfälschung bestraft war. Er wird dann Lehrer an einer Privathandelschule, Buchhalter, Adressenschreiber und Hilfsarbeiter in Metallfabriken und Buchdruckereien gewesen sein. Tatsächlich hat er seit jener Zeit vom Schwindel gelebt. Er ist wiederholt wegen Betruges bestraft worden. In großem Umfang betrieb er Darlehens- und Heiratschwindelen. Seine Kräfte erleichterte er um ihre Verhaftung und fälligte auch deren Unterschriften unter Bürgschaften und Vollmachten, auf Grund deren er sich außerdem Geld verschaffte. Unter anderem hat er einer jungen Witwe in Leipzig 18 000 Mark, einer jungen Engländerin 20 000 Mark abgehüpft und hat eine Reihe Gutsbesitzer durch Schiebungen um beträchtliche Summen betrogen. Die Hauptanklagen sind zwei. Im November 1914 hat Westphal den Rittmeister a. D. Faber (Württemberg), am 12. Dezember 1914 den Gutsbesitzer Wohnstedt ermordet.

Ermordung Fabers.

Zwecks angeblichen Kaufes eines Gutes traf er mit dem Rittmeister a. D. Faber in Venzig (Mark Brandenburg) zusammen. Er führte den Rittmeister Kreuz und quer und ersuchte ihn, den Waldboden zu unteruchen. Dabei soll er den Rittmeister in eine Schucht gestoßen und ihn durch einen Schuß verletzt haben. Der Angeklagte gibt zu, er habe den Faber tödlich getroffen, das sei aber nur eine Fahrlässigkeit gewesen, er habe vom Anstand stand, der Gedanke gekommen, „ich schieße ihn tot.“ Gezielt habe er aber nicht. Dem Faber hatte er sich als Rittmeister und Rittergutsbesitzer Hoffmann vorgestellt.

Ermordung Wohnstedts.

Mit dem Gutsbesitzer Wohnstedt trat der Angeklagte unter dem Namen Dr. Westphal wegen angeblichen Kaufes des Gutes in Verhandlung. Er war am 12. Dezember mit Wohnstedt zusammen, Wohnstedt ist im Wald durch einen Schuß ermordet worden. Der Angeklagte bestritt, daß er der Mörder ist. Wegen ihn sprechen u. a. folgende Umstände: Vor und nach dem Mord hat er das Wohnstedtsche Gut mehreren Leuten zum Kauf angeboten und sich in den Briefen als Wohnstedt bezeichnet. In der Irrenabteilung in Berlin, wo er zur Beobachtung seines Geisteszustandes 7 Wochen lang war, hat er behauptet, den Wohnstedt habe er in einem Zwangsanfall erschossen. Er habe häufig Zwangsanfälle, wofür er nun. Nach dem Tode beschuldigte er einen Kellner des Mordes an Wohnstedt. Der Kellner wurde verhaftet und bewies seine Unschuld. Ferner schrieb er nach dem Tode des Wohnstedt an sich selbst einen Brief mit der Unterschrift von Wohnstedt, in dem Wohnstedt ihm mitteilte, er werde am 21. Dezember nach Leipzig zum Abschluß eines Kaufvertrages betreffs Veräußerung seines Gutes kommen. An die Frau des Ermordeten schrieb er nach dem Tode, Wohnstedt habe sich die rechte Hand verletzt, es gehe ihm aber gut. In Berlin hat er der Wirtschaftlerin des Wohnstedt, mit der er nach dem Tode zusammenkam, einen Zettel zugesteckt, auf dem stand: „Sagen Sie, Sie haben gesehen, daß ich mich in Berlin von Wohnstedt verabschiedet habe.“ Die Wirtschaftlerin hatte ihn gefragt, ob der Mann, von dem er sich verabschiedete, und den sie nur flüchtig sah, Wohnstedt gewesen sei. Er hatte es bejaht. Eine seiner Kräfte hatte er ferner aufgefordert zu beschwören, daß sie Wohnstedt am 21. Dezember 1914 in Leipzig gesehen habe. Seinen Vater veranlaßte er, am 21. Dezember 1914 bei einem Notar sich als Gutsbesitzer Wohnstedt auszugeben. Das tat dieser auch und schloß dort einen Kaufvertrag über das Gut mit seinem Sohne ab. Hierbei mußte der Vater angeben, seine rechte Hand sei verlaugt. Später bekam der Vater Neu und zeigte es der Polizei an. Wegen dieser Urkundenfälschung steht auch der Vater unter Anklage. Der Frau des Angeklagten schrieb er, der Vertrag sei am 21. Dezember geschlossen. Der Mann könne noch nicht selbst schreiben, es gehe ihm gut, er lasse grüßen usw. Der Frau kam die Sache doch verdächtig vor, sie forschte in Leipzig nach und fand hier, daß der Kaufvertrag gefälscht war.

Der Angeklagte bezichtigte sich selbst, wohl um Gelegenheit zu bekommen zu entweichen oder um für verrückt erklärt zu werden, drei weiterer Morde. Er will mit einer Leipziger Verkäuferin in einem Walde bei Leipzig verkehrt und sie alsdann erschossen haben. Mit einer anderen Leipziger Verkäuferin habe er es ebenso in einem Walde bei Halle gemacht. Mit einer dritten Leipziger Verkäuferin will er in der Nähe von Halle Raub gefahren, auf der Fahrt mit dem Mädchen verkehrt, es alsdann erschossen und die Leiche ins Wasser geworfen haben. Die angezeigten Ermittlungen haben ergeben, daß diese Morde nicht vorgekommen sind. Neben diesen Morden sind eine Reihe von Verbrechen, Heiratschwindelen, Bürgschaftsfälschungen und dergleichen zur Anklage gestellt. Das Urteil wird voraussichtlich morgen gesprochen werden.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch unternahm der Angeklagte einen Ausbruchversuch. Dieser wurde durch die Wachsamkeit eines Gefängniswärters vereitelt. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte bereits in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag Steine aus der Mauer auszubredern versucht hatte. Der Angeklagte wurde deshalb bei der gestrigen Verhandlung gefesselt gehalten.

Aus Groß-Berlin.

Ein Pflegeheim für geschlechtskranke Kinder

In Friedrichshagen — Seestraße 43 — befindet sich ein in Deutschland noch einzigartiges „Pflegeheim“. Sein Begründer und Leiter, der als Forscher auf dem Gebiet der Hautkrankheiten bekannte Geheimrat Rosenthal in Berlin, rief es 1909 für die durch geschlechtskranke Eltern erblich belasteten und darum als unheilbar geltenden Kinder, und zwar ausschließlich für solche, ins Leben. Vorbildlich war hierbei die in Stockholm als erste der Art überhaupt eingerichtete Anstalt, die auch in Kopenhagen zu gleicher Gründung angeregt hat.

Geheimrat Rosenthal überweist dem Pflegeheim nur Kinder, die noch im ersten Lebensjahr stehen, wobei ungefähr deren erster Monat als „Höchstgrenze“ gilt. Je jünger sie bei der Aufnahme oder sind, um so besser ist es. Eine solche erfolgt jedoch nicht sofort, nachdem Geschlechtskrankheit festgestellt wurde. Die Kleinen erhalten zunächst in Berlin in der Charité oder in einer sonstigen Krankenanstalt eine Be-

Handlung und kommen dann erst nach Friedrichshagen, wo sie vier Jahre bleiben. Innerhalb dieser Zeit geschieht alles, um eine vollständige Ausheilung zu ermöglichen. Je nach der Art der Einzelsfälle im besonderen wird der Aufenthalt aber vielfach über dieses Alter hinaus, jedoch nicht länger als bis zum sechsten Lebensjahr, ausgedehnt. Geheilte Kinder entläßt die Anstalt. Während der Behandlung in der Anstalt werden sie zu Besuchen oder zeitweiligem Aufenthalt bei Verwandten nicht herausgegeben. Letztere dürfen mit den Kleinen bloß während bestimmter Stunden in der Anstalt selbst zusammentreffen.

Vorwiegend handelt es sich hier um uneheliche, unter jammervollen Verhältnissen zur Welt gekommene Wesen, nach denen kaum jemand fragt. Sie fallen meistens der Armenpflege anheim und werden, nach ihrer Entlassung aus der unmittelbaren Obhut der Anstalt, gleichsam in deren mittelbarer Obhut, bei geeigneten Familien untergebracht. Bisweilen kommt es wohl vor, daß unter gewissen Bedingungen gleichzeitig mit dem Kinde die Mutter, besonders wenn sie das Kind stillen kann, Aufnahme findet.

Der beim Einzuge ins Pflegeheim erbärmliche Zustand der Kinder verfehrt sich unter dem Einfluß der neuen Umgebung und mütergütigen Pflege bald mehr und mehr in das gänzliche Gegenteil. Die „älteren“ Kleinen sehen — wenigstens für den Laien — so frisch, munter, lebensvoll aus, wie dies jedem Kinde aufs innigste zu wünschen ist.

Das Pflegeheim steht in einem nach dem Müggelsee hinlaufenden Garten. Es macht schon in seinem Neuen einen sehr ansprechenden Eindruck und nimmt sich im Innern wie ein Ideal der Sauberkeit und gesundheitsgemäßen Einrichtung aus. Seine Räume gewähren 40 Kindern Unterkunft. Der dem Hause vorstehenden Oberin stehen bei ihrem mühevollen Wirken geschulte Kräfte zur Seite. Die angegebene Zahl der Pflegekinder wird nicht überschritten, um jedem einzelnen Kinde die seiner Natur nach notwendige Behandlung zuteil werden zu lassen.

Verbot von Osterluchen.

Aus dem Rathause wird geschrieben: Die Neigung, sich in der Kriegszeit, besonders in den Festtagen, reichlich mit Kuchen zu versorgen, hat die begründete Besorgnis hervorgerufen, daß erhebliche Mengen von dem für die Herstellung des Brotes notwendigen Roggen- und Weizenmehl für jene Luxusgebäude Verwendung finden könnten. Die Groß-Berliner Gemeinden haben es daher im Interesse der ungehinderten Brotversorgung ihrer Bevölkerung für notwendig gehalten, das Backen von Kuchen, soweit er mit Roggen- oder Weizenmehl hergestellt wird, in der Zeit von Montag vor Ostern, bis einschließlich Mittwoch nach Ostern zu untersagen. Es gilt dies auch für die Haushaltungen, denen übrigens auch vor einem Jahre die Herstellung von Osterluchen verboten worden ist.

Der Magistrat veröffentlicht eine dementsprechende Verordnung.

Das Opfer eines schweren Strafenunfalls ist ein Unteroffizier vom 8. Pionierbataillon in Spandau geworden. Er fuhr auf einem Zweirade die Neuenfelder Straße entlang und wurde, als er kurz vor einem Straßenbahnwagen das Gleis überqueren wollte, erfasst und umgestoßen. Der Unteroffizier geriet unter den Vorderperson und wurde so einige Meter mit fortgeschleift. Durch hinzugerufene Feuerwehrleute wurde der Verunglückte aus seiner entsetzlichen Lage befreit und nach dem Reservelazarett am Köpenicker Ring gebracht. Dort wurde festgestellt, daß der Soldat Bruch sämtlicher linksseitiger Rippen, eine schwere Verletzung des linken Oberarmes und des Schultergelenkes sowie zwei klaffende Kopfwunden erlitten hatte.

Selbst gestellt hat sich der nach Unterschlagung amtlicher Gelder geflüchtete Vollziehungsbeamte Karl Kristian aus der Bielefelder Str. 8/9 in Wilmersdorf. Nachdem seine Vermögensverhältnisse, die veruntreute Summe — mehrere tausend Mark — mit Hilfe wohlhabender Verwandter nachträglich zu decken, vergeblich geblieben waren, ist er nach Berlin zurückgekehrt und hat sich bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts III Berlin gestellt. Er hat ein offenes Geständnis abgelegt und ist, da er eine feste Wohnung hat und seine Mittel besitzt, die einen Fluchtversuch ermöglichen könnten, nach seiner Vernehmung entlassen worden.

Leichtsinniger Umgang mit Schusswaffen hat schon des Öfteren zu den schlimmsten Folgen geführt. Einigermaßen glücklich noch ein Vorgang, der sich am Dienstag in der Restauration von Wilhelm Graul, Schwarzenstraße 19, abspielte. Wie uns berichtet wird, erschien dort gegen 11 Uhr abends ein Schußmann, der dem Wirt seinen neuen Revolver zeigte. Beide hantierten nun damit herum, als plötzlich ein Schuß losging, der den Wirt ziemlich schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich verletzte. Nach Anlegung eines Verbandes auf der Unfallstation wurde der Betroffene nach einem Krankenhause gebracht. Der große Unfug, an einem besuchten Ort mit Schusswaffen zu spielen, hätte aber leicht größeren Schaden anrichten können, denn in dem Lokal befanden sich mehrere Gäste, die glücklicherweise mit dem Schreck davonsamen.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Freitag, den 14. April, in den Germania-Prachtzäunen, Chausseestraße 110, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, Zimmer 13, außer Sonnabends nachmittags, und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

Aus den Gemeinden.

Die Speckpreise in Neukölln.

Vom Neuköllner Magistrat erhalten wir nachstehende Zuschrift: In unserer Bevölkerung wird vielfach über die festgesetzten Preise für den jetzt in den städtischen Verkaufsstellen zum Verkauf kommenden Speck geklagt und teilweise auch die Vermutung ausgesprochen, die Stadt habe den Speck für längerer Zeit zu billigen Preisen gekauft und wolle ihn jetzt unter Ausnutzung der Verhältnisse zu einem verhältnismäßig hohen Verkaufspreis verkaufen. Wir können im Gegensatz hierzu mitteilen, daß die früheren Speckvorräte der Stadtverwaltung gänzlich veräußert sind und es sich hier um erst vor wenigen Wochen angekaufte Mengen handelt, die aus dem Auslande zu einem erheblich höheren Preise eingeführt sind. Es ist als selbstverständlich zu betrachten, daß seitens der städtischen Verwaltung bei der Festlegung der Verkaufspreise in erster Linie nur auf die Deckung der Selbstkosten geachtet wird und beim Verkauf von Lebensmitteln die Erzielung eines Gewinnes gar nicht in Frage kommt.

Lebensmittelverkauf der Gemeinde Treptow.

In den beiden Gemeindegärten Wilhelmsbr. 54 und Baum- schulenstr. 32 wird schon seit einiger Zeit ausländisches Schweinefleisch das Pfund zu 2,60 bis 2,80 M., Eisbein 1,40 M. und Rindfleisch 3,70 M. feilgeboten. Jetzt sieht ein Posten deutsches Schweinefleisch zur Verfügung, das 1,50 bis 2,40 M., Eisbein 1,40 M., Spitzbein 80 Pf. und Rindfleisch 2,30 M. kostet. Auf jede Lebensmittelart wird nur bis zu 2 Pfund abgegeben. Um das lange Warten zu vermeiden, werden zunächst vom 13. April nur die Inhaber von Karten mit den Anfangsbuchstaben A bis C, am 15. April D bis E abgefertigt. Außerdem gibt es Donnerstags und Freitags frühe Seefische, und an den anderen Tagen auch Wurstkonzerne zu 1,45 bis 2,90 M. das Pfund. Eier werden pro Kopf und Woche

2 Stück zu 18 Pf. abgegeben. Außerdem werden noch Heringe, ferdensetzte Milch und einige andere Artikel an die Einwohnerschaft abgegeben.

Aus aller Welt.

Bootsunglück. Dienstagabend unternahm in der Nähe von Sangerhausen auf der Unstrut fünf Schüler des Sangerhäuser Gymnasiums eine Kahnfahrt, wobei zwei von ihnen, der 13jährige Sohn des Arztes Dr. Pantow und der gleichaltrige Sohn des Zimmermeisters Schirmer, beide aus Kriern bei Sangerhausen, den Tod fanden, während die drei anderen sich durch Schwimmen zu retten vermochten. Wie das Unglück sich ereignet hat, hat sich bis jetzt nicht feststellen lassen.

Wieder ein Frauenmord. Wie das „Anhaltische Tageblatt“ aus Halle meldet, ist die dort wohnhafte alleinlebende Witwe Baumeister in ihrer Wohnung in ihrem Kleiderschrank, der verschlossen war, tot aufgefunden worden. Die Leiche zeigt Würgespuren am Hals und wurde von der Gerichtsbehörde beschlagnahmt.

Der Mädchenmord bei Chemnitz ist jetzt aufgeklärt worden. Das Mädchen ist bereits in der Nacht vom Sonnabend ermordet, und zwar erschossen worden. Bisher sind zwei Männer festgenommen worden, ein 27jähriger Bursche und ein Soldat, der sich als Verwandter in der Heimat befand und mit der Ermordeten Beziehungen hatte.

Eine Schülertragödie hat sich in Cöthen (Anhalt) abgespielt. Auf dem Gleise der Magdeburg-Leipziger Bahn in der Nähe des dortigen Güterbahnhofes wurde die zerstückelte Leiche des 19jährigen Sohnes Kurt des Kriegsgerichtsrats Arnold-Königsberg i. Pr. aufgefunden. Arnold, der die Sekunda des dortigen Gymnasiums besuchte, sollte nicht verfehrt werden, was ihn derartig schwermütig machte, daß er seinem Leben freiwillig ein Ziel setzte.

Bei einem Brande verunglückt. In Kolberg wurde das Wirtschaft- und Spielwarenlager von Tannenbergs von einem Feuer heimgesucht und brannte vollständig nieder. Der Feldwebel Krupke, der sich an den Löscharbeiten beteiligte, wurde durch ein herabfallendes Mauerstück getroffen und starb bald darauf im Garnisonlazarett.

Nach sieben Jahren als Leiche aufgefunden. Im Jährlinghölzer Forste (Kreis Nordermünde, Pommern), an einer Stelle, die selten eines Menschen Fuß betritt, wurde in einem Tannendickicht die Leiche des seit 1909 vermissten Wärders Greinert aus Torgelow aufgefunden. Daneben lag ein Gewehr mit Patronen. Schon seinerzeit ging das Gerücht, daß Greinert Selbstmord verübt habe, die Sache konnte aber bisher nicht aufgeklärt werden.

Schlechte Sähe. In Schlotheim wurde — wie der „V. G.“ aus Böhmen berichtet wird — unter dem Verdacht, vor zwölf Jahren die Wirtshausbesitzerin Schmidt in Mehrstede ermordet zu haben, die Tischlerfrau Hoffmeister verhaftet.

3000 Zeitungen und Zeitschriften eingegangen. Die Zeitungsliste des Reichspostgebietes für 1916 weist neuerdings 1255 Zeitungen und Zeitschriften auf, die infolge der Kriegszeitläufe ihr Erscheinen einstellen mußten. Die Gesamtzahl der seit Kriegsbeginn eingegangenen deutschen Zeitungen und Zeitschriften ist damit auf 3000 gestiegen.

Die größte Farbenfabrik Italiens, die Colorificio Veneziano in Venedig, ist ein Raub der Flammen geworden. Da die Speicher mit großen Vorräten an Rohmaterial angefüllt waren, ist der Schaden sehr bedeutend.

Fliegerunglück in Frankreich. Bei Nancy fing ein Flugzeug in der Luft Feuer. Beide Insassen, darunter ein Sohn des Generals der Artillerie Malcot, verbrannten.

Neue Schnapsdividende. In Budapest machte die Schwedische Vikör- und Rumfabrik im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 2 289 000 Kronen. Da das gesamte Aktienkapital des Unternehmens nur 1 200 000 Kronen beträgt, entspricht der Gewinn einer Dividende von 190 Prozent. Da müssen selbst Kriegslieferanten neidisch werden.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Arbeiter-Jugendheim, Rosinenstraße 4. Heute Monatsversammlung.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen. **Schwabau.** Freitag, den 14. April, abends 6 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses. Bildung eines Krankenlagersverbandes und Beratung des Etats.

Steglitz. Freitag, den 14. April, abends 6 Uhr. **Friedrichshagen.** Freitag, den 14. April, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus. Auf der Tagesordnung steht: Etatberatung und Beschließung der für das Rechnungsjahr 1916 zu erhebenden Gemeindesteuern.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

— **Eise 37.** Bei diesem Verdienst wird Ihnen das Kinnrecht verweigert werden. — **77. III.** 1. Das Besoldungsgeld muß Ihnen gezahlt werden. 2. Es wird nur unterschieden zwischen Besoldungsgeld im Kriege und im Frieden. Im Kriege beträgt das Besoldungsgeld täglich 1,20 M. pro Mann, ob an der Front oder Garnison ist gleich. 3. Das ist eine eigenmächtige Handlungsweise der Kompagnie. 4. Wegen Eise dagegen die für den Soldaten vorgeschriebene Bekleidung ein. — **Goldab.** Kundenturmstraße; Krampfadern und Wucherhaltung des Bodens. — **Ab. 704.** 1. und 2. Wenden Sie sich mit einer Anfrage an die Staatsanwaltschaft des Königl. Landgerichts I, Berlin NW, Turmstr. 91, unter genauer Angabe Ihrer Adresse und der Personalien des Angeklagten. 3. Wenn die Frist verstrichen ist, ist eine Weiterverfolgung der Sache aussichtslos. Zur zweiten Frage: 1. Die Bundesratsverordnung erstreckt sich auch auf Ihre Sache; es muß Aussetzung des Verfahrens bis nach Kriegsende bezogen bis zu Ihrem Austritt aus dem Heeresdienst erfolgen. 2. Ja. 3. Sollte eine Beurteilung erfolgen, so muß Ihnen ja das Urteil zugestelt werden. Innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Urteils können Sie Berufung einlegen. — **D. G. 55.** Herzleiden; zurückgestellt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Jemlich kühl. Zeitweise aufklarend, jedoch sehr unbeständig. Längs der Küste und im Westen vielfach ziemlich starke, im Südosten meist schwächere Regenfälle.

BOSNIA CIGARETTEN
LINDENSTADT

DZAMIA 4,3
ZLATA 5,3
KALEH 6,3

Etwas ganz Besonderes

Rester-Handlung.
Kammgarn, Tuche, Cheviots, blau und farbig.
Covercoats, Staub- und Regenmantelstoffe.
Moderne Kostüm- u. Rockstoffe.
Taffis, Seiden, in schwarz und farbig, zu Kostümen, Mänteln, Kleidern u. Blusen.
Wiesenauswahl i. Stoffen für Herren- und Knaben-Anzüge.
Damen-Konfektion.
Kostüme, Mäntel, Röcke usw. in großer Auswahl, ohne Preis-Erhöhung.
Gediegene Maßanfertigung.
Paul Karle,
Warschauer Straße 18.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
4 Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahländerungen sofort.
Ami Zentrum 7895.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Wohnmöbel
natürl. Holzröte des Gesichts, Holzoberflächen, Parkett usw. besteht aus sichersten „Marabin“. Seit 1875 Jahren mit unsamen Erfolgen erprobt. W. 2.75. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Stoffe
für feine Damen-Kostüme, Herren-Anzüge usw.
Mtr. 4,-, 6,-, 8,-, 10,-, 12,- M.
Tuch-Lager
Koch & Seeland G. m. b. H., Gertraudenstr. 20/21, gegenüber d. Patrikirche.

Spezialarzt
für Haut-, Darm-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beintranke jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedlichstr. 81, gegenüber Spröß. 10-2, 5-9, Sonntag 11-2. Honorar möglich, auch Teilzahl. — Separates Damenzimmer.

Gewerkschaftshaus
Sonnabend, den 15. April 1916
hält die erste Männerabteilung des Turnvereins „Fichte“ ihr Frühlingsichauturnen ab.
Konzert des Plaurchesters
unter Mitwirkung des Gesangvereins „Osten“.
Sonntag, den 16. April 1916
Arbeiter-Wanderbund sein letztes
Wintervergnügen
mit Klampfenkonzert und anderen Vergnügungen.
Sonntag abend
ein großer Posten Gießbeine, Kaldböden, Hamburger Fettgänse und Schweine à Portion 1,50—2,00 M.

Sonntag mittag:

Dahlschwanzsuppe	0,20	Berliner Ente	1,00
Krautbrühe mit Einlage	0,20	Belegtes Rinderfilet	1,00
Recht grün	1,00	Kalbherrenbraten	0,50
Leberpastete mit Kraut	0,80	Schweinefleisch	1,00
Gebackene Rippen	0,80	Kompost, Salat	0,20
Kalbssteak mit junghen Spinat	1,00	Käse	0,50

Heute und Sonnabend ein sehr billiger Schnellverkauf
nicht unter 5 Pfund.

Gr. Posten Rindfleisch, 10er	3,00	Dauerwurst, Jerschlauer	à 90.
Roastbeef und kaltes Fleisch	3,50	Räucherwurst Teusart 3,20—3,40	
Kalbsfleisch und Rind und Hammelfleisch	2,50	Halberstädter Leberwurst	2,80
Gr. Posten junge Hamburger Fettgänse	2,50	Knoblauchwurst und Polsterwurst	2,00

Am Sonnabend kommen ein großer Posten Holländer Fett- schweine und Knochen zum Verkauf.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schnell, dauerh. Zutaten von 28 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadtb. Börs.)